

40 Jahre Entwicklungstheorie und -politik

Ein Rückblick aus Wirtschaftswissenschaftlicher Sicht*

Von Hans-Rimbert Hemmer

Inhalt

- I. Der Gegenstand von 40 Jahren Entwicklungstheorie und -politik: Die Entwicklungsländer
 - 1. Zur Benennung der Ländergruppe
 - 2. Die Orientierung des Begriffs der wirtschaftlichen Entwicklung am Lebensstandard
 - 3. Zur Messung von wirtschaftlicher Entwicklung
 - 4. Die Bestimmung der Entwicklungsländer in der Realität
 - 5. Die Beschleunigung des Entwicklungsprozesses als entwicklungspolitisches Oberziel
- II. Die zentrale Rolle der Kapitalakkumulation im Entwicklungsprozeß
 - 1. Die Orientierung der Entwicklungspolitik am Wachstumsziel in den 50er und 60er Jahren
 - 2. Die Erklärung unzureichenden Wirtschaftswachstums durch eine unzureichende Kapitalakkumulation
 - 3. Die Ursachen einer unzureichenden Kapitalakkumulation und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung
 - 3.1. Die Erklärung des Kapitalmangels durch Teufelskreise der Armut
 - 3.2. Kapitalmangel und Ersparnisbildung
 - 3.3. Kapitalmangel und Investitionstätigkeit
 - 3.4. Kapitalmangel und finanzielle Infrastruktur
- III. Unterentwicklung und Wirtschaftsstruktur
 - 1. Die Konzeption des Dualismus
 - 2. Sektorale Wirtschaftsstruktur und Unterentwicklung
 - 3. Regionale Wirtschaftsstruktur und Unterentwicklung
- IV. Unterentwicklung und internationale Wirtschaftsbeziehungen
 - 1. Vorbemerkungen
 - 2. Unterentwicklung und internationaler Handel
 - 3. Unterentwicklung und internationale Kapitalbewegungen
 - 4. Die Dependenz-Diskussion der 60er und 70er Jahre
- V. Die explizite Berücksichtigung verteilungspolitischer Ziele
 - 1. Die Begründung für die explizite Berücksichtigung des Verteilungsziels als wirtschaftliches Entwicklungsziel

* Dieser Beitrag erscheint in der Reihe von Überblickartikeln, die jährlich zweimal veröffentlicht werden.

2. Die Formulierung zielgruppenorientierter Entwicklungsstrategien während der 70er Jahre
 - 2.1. Strategie der Umverteilung des Wachstums
 - 2.2. Strategie zur Erhöhung der Beschäftigung
 - 2.3. Strategie zur Anhebung der Produktivität der Armen
 - 2.4. Strategie der Grundbedürfnisbefriedigung
3. Möglichkeiten einer systematischen Erfassung und Bekämpfung der Armutsdeterminanten
4. Zur Frage möglicher Zielkonflikte zwischen dem Wachstums- und dem Verteilungsziel

VI. Unterentwicklung und Leistungsbereitschaft

VII. Unterentwicklung und Bevölkerungswachstum

VIII. Ausblick

I. Der Gegenstand von 40 Jahren Entwicklungstheorie und -politik: Die Entwicklungsländer

1. Zur Benennung der Ländergruppe

(1) Die Entdeckung der heute überwiegend als „Entwicklungsländer“ bezeichneten Länder als Objekt wissenschaftlicher Analysen begann faktisch Ende der 40er Jahre. Im Jahre 1949 erklärte Präsident Truman in seiner Regierungserklärung vor dem US-amerikanischen Kongreß den größten Teil der Welt zu unterentwickelten Gebieten. Das war der Startschuß zur Aufholjagd des „Südens“ gegenüber den westlichen Industrieländern, dem „Westen“. Mag die Begründung der Deklaration Trumans noch primär humanitärer Natur gewesen sein, so bemächtigte sich in den Folgejahren der „Kalte Krieg“ zwischen dem „Westen“ und dem Sowjetblock – dem „Osten“ – dieser Länder: Sie dienten als Experimentierfeld, auf dem die unterschiedlichen Systeme – im Westen kapitalistisch-marktwirtschaftliche Systeme, im Osten kommunistisch/sozialistisch-zentralverwaltungswirtschaftliche Systeme – miteinander wetteifern und ihre jeweilige beanspruchte Überlegenheit nachweisen konnten, oder dieses zumindest zu könnten glaubten.

(2) Zunächst gab es allerdings Schwierigkeiten mit der Namensgebung für diese Länder: Für sie wurden in den vergangenen 40 Jahren nach- und nebeneinander die Begriffe arme Länder („poor countries“), rückständige Länder („backward countries“), unentwickelte Länder („undeveloped countries“), unterentwickelte Länder („underdeveloped countries“), peripherie Länder („peripheral countries“) und Entwicklungsländer („developing countries“) gebraucht (Ringer [1966]). Mittlerweile haben sich jedoch die Begriffe „Entwicklungsländer“ im deutschsprachigen Bereich bzw. „developing countries“ – dann allerdings als LDC (= „less developed countries“) abgekürzt – im angelsächsischen Sprachraum durchgesetzt. Zu dieser Län-

dergruppe zählt man im Grundsatz jene Länder, deren bisher erreichter Entwicklungsstand hinter dem Entwicklungsstand der westlichen Industrieländer zurückgeblieben ist.

(3) Mit der Truman'schen Deklaration setzte relativ schnell eine intensive wissenschaftliche Diskussion der Situation dieser Länder, der Ursachen ihrer Unterentwicklung sowie der zweckmäßigsten internen und externen Maßnahmen zur Überwindung von Unterentwicklung ein. Der sich aus diesen Aktivitäten ergebende Zweig der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurde als Entwicklungsökonomie, -soziologie, -theorie und/oder -politik bezeichnet. Im Gegensatz zu den üblichen Kategorisierungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurden also nicht bestimmte Fachlichkeiten, sondern eine Länderklassifizierung Namensbestandteil dieser Fachrichtung.

(4) Der vorliegende Beitrag beschränkt sich dabei auf die ökonomische Ebene. Er stellt also jene Varianten der Entwicklungstheorie und -politik in den Mittelpunkt, die sich auf Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer beziehen. Diese spielt innerhalb der Entwicklungsländerdiskussion zweifellos eine Schlüsselrolle. Bereits *Lewis* hatte 1955 unter dem Einfluß der in den 50er/60er Jahren dominierenden Modernisierungstheorie die These vertreten, daß erst wirtschaftliche Entwicklung die Voraussetzungen für Fortschritte auf anderen Gebieten der Entwicklung schaffe (*Lewis* [1955]); mehrere in den 60er Jahren durchgeführte empirische Analysen führten zu einer Untermauerung seiner Aussagen (z.B. *Adelman / Morris* [1967]; *Thorn* [1968]). Dieses Verständnis von Entwicklung ist zwar mittlerweile nicht mehr unumstritten; die große Bedeutung wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wird aber in der aktuellen entwicklungspolitischen Diskussion weitgehend akzeptiert.

2. Die Orientierung des Begriffs der wirtschaftlichen Entwicklung am Lebensstandard

(1) Beim Versuch, wirtschaftliche Entwicklung (und zwar sowohl den wirtschaftlichen Entwicklungsstand als Zeitpunktgröße als auch den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß als dynamische Veränderung des wirtschaftlichen Entwicklungsstands) zu definieren, um im Vergleich zu den Industrieländern „unterentwickelte Länder“ ermitteln zu können, wurde zunächst auf die generelle Verfügbarkeit eines Landes über Güter und Dienstleistungen abgestellt. Erst seit den 70er Jahren wird von dieser Größe abgewichen und auf die tatsächlichen Lebensbedingungen der Bevölkerung in diesen Ländern, d.h. auf den gesellschaftlichen Lebensstandard, abgestellt. Dieser Lebensstandard gilt zunächst als um so höher, je besser die „Grundbedürfnisse“ befriedigt sind. Die Befriedigung der Grundbedürf-

nisse wird dabei weitgehend mit der Sicherung des menschlichen Existenzminimums identifiziert; Sicherung des Existenzminimums bedeutet wiederum, daß „die Voraussetzungen für eine volle physische, psychische und soziale Entfaltung des Menschen“ (Oldenbruch [1978], 20) gegeben sind. Erst danach, so jedenfalls die aktuelle Interpretation des Begriffs der wirtschaftlichen Entwicklung, sei auch das Ausmaß der Befriedigung weiterer Bedürfnisse – wie bspw. besserer Arbeitsbedingungen, Erholung und Unterhaltung, sozialer Sicherheit, menschlicher Freiheiten, des Konsums von „non-essentials“ – zu berücksichtigen. Entsprechend wichtig wird dann aber die Zuordnung der verschiedenen Bedürfnisse zu den Kategorien „Grundbedürfnisse“ und „weiterführende Bedürfnisse“.

(2) In der Entwicklungstheorie und -politik hat man sich mittlerweile weitgehend auf jene Definition der Grundbedürfnisse geeinigt, die vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) gegeben wurde (ILO [1976], 4). Danach gehören zu den „basic needs“:

- a) Bestimmte Mindestfordernisse einer Familie in bezug auf den privaten Verbrauch: Ausreichende Ernährung, Wohnung und Bekleidung, ferner bestimmte Haushaltsgeräte und Möbel.
- b) Lebenswichtige Dienstleistungen der Gemeinschaft für die Gemeinschaft: Schaffung von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Versorgung mit gesundem Trinkwasser, sanitäre Anlagen, Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel.

Ihre Befriedigung ist vorrangig bei der Bestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung. Bei jenen Gesellschaftsmitgliedern, die ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können, liegt absolute Armut vor – ein Begriff, der sich spätestens seit der Nairobi-Rede des damaligen Weltbank-Präsidenten McNamara wie ein roter Faden durch die Entwicklungstheorie und -politik der 70er und 80er Jahre zieht (McNamara [1973]).

3. Zur Messung von wirtschaftlicher Entwicklung

(1) Um konkrete Länderanalysen betreiben (und entsprechend Entwicklungsländer festlegen) zu können, ist es erforderlich, wirtschaftliche Entwicklung empirisch zu messen. Dazu bedarf es geeigneter Indikatoren. Folgerichtig stellt die Ermittlung solcher Entwicklungssindikatoren ein bevorzugtes Arbeitsgebiet der Entwicklungstheorie und -politik dar.

(2) In den vergangenen 40 Jahren hat der Entwicklungssindikator des „Pro-Kopf-Einkommens“ (PKE) als Ausdruck für die globale Verfügbarkeit eines Landes über Güter und Dienstleistungen zweifellos die größte empirische Relevanz gefunden. Zu seiner Berechnung wird das Bruttosozialprodukt (BSP) zu Marktpreisen durch die Bevölkerungszahl des betreffenden

Landes dividiert. Dieses PKE spielt bei nahezu allen empirischen Ländervergleichen eine wesentliche Rolle; die bei internationalen Statistiken über Entwicklungsländer führende Weltbank stellt es in den Mittelpunkt eines Großteils ihrer Analysen (vgl. bspw. die von der Weltbank seit 1978 jährlich herausgegebenen Weltentwicklungsberichte). Allerdings lässt das PKE nur in begrenztem Umfang Vergleiche der jeweiligen nationalen Entwicklungsstände zu. Bei seiner Ermittlung treten nämlich erhebliche Probleme auf, die beträchtliche Verfälschungen der tatsächlichen Unterschiede in den jeweiligen Lebensstandards durch die quantitativen Rechenergebnisse zur Folge haben können. Diese Probleme internationaler PKE-Vergleiche wurden während der 70er Jahre in der Entwicklungspolitischen Literatur systematisch herausgearbeitet (*David [1972]; David [1973]; Balassa [1973]; Hulsmann-Vejsová [1975]; Hagen [1975]*; zur Zusammenfassung dieser Diskussion: *Hesse / Sautter [1977], 7 ff.; Hemmer [1988], 8 ff.*).

(3) Die als Alternativen zum PKE vorgeschlagenen Indikatorenmodelle der wirtschaftlichen (und – in Erweiterung dazu – der politischen und gesellschaftlichen) Entwicklung (z.B. *Beckerman / Bacon [1966]; Adelman / Morris [1967]; UNRISD [1970]; Beckerman / Bacon [1970]*) kranken jedoch, wie ihre ausführliche Diskussion während der 70er Jahre gezeigt hat (zum Überblick: *Tuchtfeld [1976]; Hemmer [1988], 32 ff.*), an fundamentalen konzeptionellen Defiziten, die ihre Aussagekraft noch stärker in Zweifel stellen als es beim PKE der Fall ist.

(4) Ende der 70er Jahre wurde ein neuer Versuch gestartet, durch die Berechnung von Kaufkraftparitäten speziell jene Verzerrungen internationaler PKE-Vergleiche zu beseitigen, die aus dem Gebrauch des Wechselkurses als Umrechnungsfaktor der nationalen PKE-Zahlen resultieren (*Kravis [1978]; Sen [1979]; Kravis [1982]; Marris [1984]; Clague [1987/88]; Lancieri [1990]*). Die bisher vorliegenden Ergebnisse beinhalten zwar einen deutlichen Erkenntnisfortschritt gegenüber den während der 70er Jahre gebräuchlichen Verfahren der Ermittlung wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Indikatoren; einen operational verwendbaren Ersatz für das PKE als Entwicklungsindeks konnten sie allerdings bisher noch nicht liefern. Vielmehr erscheint derzeit das PKE trotz seiner hinreichend bekannten Schwächen immer noch als aussagefähigster Indikator für den wirtschaftlichen Entwicklungsstand eines Landes. Dies gilt vor allem dann, wenn man sich bei internationalen Vergleichen auf größere Unterschiede in den PKE beschränkt; in diesem Fall schlagen die Schwächen der PKE-Ermittlung und -Vergleiche nicht mehr so stark durch.

(5) Zwar vermag das PKE begrenzte Auskunft über das absolute Ausmaß an Gütern und Dienstleistungen zu erteilen, die einem Land zur Verfügung stehen; es fehlen aber sämtliche Informationen darüber, welche Bevölkerungsteile in den Genuß dieser Güter und Leistungen kommen. Insofern

bedarf das PKE zumindest einer Ergänzung durch Indikatoren, welche die Verteilung des PKE auf die einzelnen Gesellschaftsmitglieder angeben. Hierbei kann auf eine Vielzahl von aus der Statistik bekannten Konzentrationsmaßen zurückgegriffen werden. Der bekannteste und in empirischen Entwicklungsvergleichen am häufigsten verwendete Verteilungsindikator ist der Gini-Koeffizient, der Werte zwischen null (Fall der völligen Gleichverteilung) und eins (Fall einer extremen Ungleichverteilung) einnehmen kann und vor allem während der 70er Jahre mehrfach für einzelne Länder berechnet wurde (z.B. *Fishlow* [1972]; *Jain* [1974]; *Fields* [1977]; *Bacha / Taylor* [1977/78]; *Theil* [1979]). Allerdings weist der Gini-Koeffizient nicht nur methodische Schwächen auf (*Krelle* [1962]; *Sen* [1973]), sondern stößt auch bei der empirischen Ermittlung auf beträchtliche Schwierigkeiten. Deshalb wurde während der 70er Jahre versucht, einfachere Verteilungsmaße für die Entwicklungsländer zu konstruieren. Dabei rückte das Phänomen der absoluten Armut in den Vordergrund, dessen Umfang durch den Rückgriff auf Armutsindikatoren zu ermitteln versucht wurde. Dies erfolgte sowohl über am Einkommen orientierte (= inputbezogene) monetäre Indikatoren (wie bspw. von Armutslinien: *Ahluwalia* [1974]; *Ahluwalia* [1979]) als auch durch am Ausmaß der Befriedigung einzelner Grundbedürfnisse orientierte (= outputbezogene) physische Indikatoren (wie bspw. den PQLI-Indikator¹: *Morris* [1979]), bei deren Unterschreitung absolute Armut vorliegt.

4. Die Bestimmung der Entwicklungsländer in der Realität

(1) Die Klassifizierung einzelner Länder nach Maßgabe ihrer PKE-Höhe und ihrer Verteilungsindikatoren führt zu unterschiedlichen Länderrangfolgen. Insofern ist zwar der Hinweis auf einzelne wirtschaftliche Entwicklungsindikatoren informativ, wenn man sich für konkrete Lebensbedingungen in einzelnen Ländern interessiert; er erlaubt aber keine eindeutigen Länderklassifizierungen, wie z.B. die in Industrie- oder Entwicklungsländer. Dazu wäre es erforderlich, die verschiedenen Einzelindikatoren zu einem Gesamtindikator zu verschmelzen, der allen Entwicklungsaspekten genügt. Ein solcher Gesamtindikator konnte aber bis heute nicht konzipiert werden.

(2) Damit sieht sich die Entwicklungsländerökonomie mit einem theoretischen und praktischen Paradoxon konfrontiert: Auf der einen Seite werden die Entwicklungsländer als jene Länder definiert, deren bisheriger Ent-

¹ Dieser „Index der physischen Lebensqualität“ („Physical Quality of Life Index“ = PQLI) ergibt sich als ungewogenes arithmetisches Mittel der drei Einzelindikatoren Kindersterblichkeit, Lebenserwartung im Alter von einem Jahr und Alphabetisierungsgrad.

wicklungsstand hinter einer bestimmten Norm – nämlich den „entwickelten“ westlichen Industrieländern – zurückgeblieben ist; andererseits erweist es sich trotz einiger methodisch interessanter Arbeiten aus den letzten Jahren (z.B. *Vogel / Grunewald* [1986/1990]), die spürbare Erkenntnisfortschritte gebracht haben, weiterhin als unmöglich, den Entwicklungsstand einzelner Länder empirisch zu messen und international vergleichbar zu machen. Auch die Auflistung einzelner Kriterien unterentwickelter Länder, wie sie z.B. von *Guth* (1957), *Leibenstein* (1957), *Behrendt* (1961) oder *Schuhler* (1968) vorgenommen wurde, bringt keinen Ausweg aus diesem Dilemma. Gegen diese Kriterienkataloge können nämlich dieselben Einwendungen wie gegen die Auflistung einzelner Entwicklungsindikatoren vorgebracht werden. Der Unterschied zwischen Entwicklungsindikatoren und Kriterien unterentwickelter Länder beruht nämlich lediglich darauf, daß bei den Kriterienkatalogen einzelne Entwicklungsindikatoren mit Normgrößen verknüpft werden. Die Kritik an den Kriterienkatalogen bezieht sich dann sowohl auf die zugrundegelegten Indikatoren als auch auf die Bestimmung der relevanten Normen.

(3) Aus diesem Grunde sieht man im internationalen Rahmen von einem solchen Abgrenzungsverfahren ab. Man legt vielmehr die Gruppe der Entwicklungsländer auf der Basis einer Enumeration fest, ohne diese Einteilung weiter zu begründen. Auf dieses Vorgehen, das auch auf die Zuordnung einzelner Länder zu Entwicklungsländer-Untergruppen [wie bspw. die „Am wenigsten entwickelten Länder“ (= Least Developed Countries = LLDC), die – seit 1989 international allerdings nicht mehr benutzte – Gruppierung der „Von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffenen Länder“ (= Most Seriously Affected Countries = MSAC) sowie die „Schwellenländer“ (take-off-countries; NIC = Newly Industrialized Countries; SIC = Semi-Industrialized Countries)²] angewandt wird, haben sich faktisch alle internationales Institutionen bzw. Organisationen geeinigt.

(4) Die wichtigste, weil für die internationale Anerkennung von Entwicklungshilfeleistungen maßgebliche Liste der Entwicklungsländer wird vom *DAC* (= Development Assistance Committee = Entwicklungshilfeausschuß der *OECD*) erstellt. Das *DAC* betrachtet als Entwicklungsländer derzeit (*OECD/DAC* 1989: 296):

- a) in Afrika: alle Länder außer der Republik Südafrika;
- b) in Amerika: alle Länder außer den USA und Kanada;
- c) in Asien: alle Länder außer Japan;

² Einen Überblick über die Zuordnung einzelner Länder zu den verschiedenen Entwicklungsländer-Gruppierungen liefert das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) jährlich herausgegebene Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik.

- d) in Ozeanien: alle Länder außer Australien und Neuseeland;
- e) in Europa: Gibraltar, Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Türkei und Zypern.

(5) Diese Entwicklungsländer werden – so z. B. in den Statistiken der Vereinten Nationen – folgenden anderen Ländergruppen gegenübergestellt:

Klasse 1: Entwickelte westliche Länder (USA, Kanada, Westeuropa, Australien, Neuseeland, Südafrika, Japan);

Klasse 2: Staatshandelsländer (die kommunistischen Staaten Osteuropas und Ostasiens);

Klasse 3: Entwicklungsländer (alle übrigen Länder).

(6) Auf diese statistische Aufteilung der Welt in drei Klassen von Ländern ist es zurückzuführen, daß die (ursprünglich von Mao Tse Tung geprägte) Bezeichnung von der „Dritten Welt“ derzeit oft auf die Entwicklungsländer angewandt wird. Greift man innerhalb der Entwicklungsländer die LLDC als separate Ländergruppe heraus, so erhält man sogar eine „Vierte Welt“. Faßt man die Klassen 1 und 2 zusammen, so spricht man von den „Nord“-Ländern; die Entwicklungsländer sind dann nur der „Süden“, und den Gegensatz zwischen beiden Gruppen bezeichnet man als „Nord-Süd-Problem“ bzw. „Nord-Süd-Gefälle“. Derartige Abgrenzungen sind insofern unbefriedigend, als sie an keinen operational definierten sowie theoretisch abgeleiteten Kriterien ansetzen. Solange allerdings solche Kriterien fehlen, bleibt einem dieser Weg nicht erspart: Als „second-best“-Lösung kann er durchaus akzeptiert werden.

5. Die Beschleunigung des Entwicklungsprozesses als entwicklungspolitisches Oberziel

(1) Die Definition der Entwicklungsländer als Länder, deren Entwicklungsstand unter der von den Industrieländern vorgegebenen Norm liegt, impliziert als entwicklungspolitisches Oberziel, ihren Entwicklungsstand nachhaltig zu verbessern und an die vorgegebene Norm heranzuführen. Zwar wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die konkrete Umsetzung dieses Ziels erschwert sei, weil man – wie vorne erläutert – den Entwicklungsstand eines Landes nicht genau festlegen bzw. quantitativ erfassen könne. Dieses Manko läßt sich jedoch neutralisieren, weil man die Veränderung bei einzelnen – im jeweiligen Fall als besonders aussagefähig angesehenen – Determinanten des Lebensstandards feststellen kann, ohne zuvor das absolute Niveau des Entwicklungsstands berechnet haben zu müssen (Hemmer [1988], 55f.).

(2) In bezug auf die wirtschaftlichen Aspekte des generellen Entwicklungsziels läßt sich entsprechend auf die Verfügbarkeit über Güter und

Dienstleistungen abstellen. Die Zunahme des verfügbaren Güter- und Dienstleistungsvolumens kann man demnach unter Berücksichtigung seiner Quantität, seiner Qualität, seiner Zusammensetzung und seiner Verteilung auf die einzelnen Gesellschaftsmitglieder als wirtschaftliches Entwicklungsziel auffassen.

(3) Um dieses Entwicklungsziel realisieren zu können, ist es zunächst erforderlich, die Ursachen der Unterentwicklung festzustellen. Diese Aufgabe stellt sich der Entwicklungstheorie. Im Anschluß daran müssen Entwicklungsstrategien konzipiert werden, deren Einsatz eine verbesserte Zielerreichung bewirkt. Unter einer Entwicklungsstrategie versteht man dabei den aufeinander abgestimmten Einsatz einer Vielzahl entwicklungs-politischer Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit zur Erreichung entwicklungs-politischer Ziele ergriffen werden. Entwicklungsstrategien sind ihrerseits stets der Ausfluß bestimmter entwicklungstheoretischer Konzeptionen. Entsprechend gilt die Formulierung solcher Strategien und ihre praktische Umsetzung als zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik.

(4) In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, ob die Entwicklungsländer überhaupt eigene Gestaltungsspielräume für ihre Entwicklungspolitik haben. Mehrere in historischen Kategorien denkende bzw. argumentierende Autoren gingen von der Annahme aus, die Entwicklungsländer würden im Prinzip denselben Entwicklungsverlauf durchmachen wie die Industrieländer; insofern hätten sie nur sehr begrenzte Gestaltungsspielräume der Entwicklungspolitik. Entsprechend wurden historisch orientierte Stufentheorien der Entwicklung erarbeitet, von denen in bezug auf die Entwicklungsländer die Rostow'sche Stadienlehre (Rostow [1960]; Rostow [1963]) zweifellos die größte Beachtung gefunden hat. Danach ist Entwicklung ein linearer Pfad, entlang dem sich alle Länder bewegen: Alle Länder durchlaufen nacheinander die Entwicklungsstufen der traditionellen Gesellschaft, der Übergangsgesellschaft, der Startgesellschaft („take-off-society“) und der Reifegesellschaft, bis sie in die Stufe der Massenkonsumgesellschaft einmünden. Diese Stufen unterscheiden sich vor allem durch unterschiedliche „führende Sektoren“ („leading sectors“); diese prägen ihr jeweiliges Gesicht. Die Entwicklungsländer befinden sich auf den ersten drei Stufen, während die Industrieländer bereits auf den Stufen der Reife- oder der Massenkonsumgesellschaft angekommen sind. Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es dann lediglich, jene Faktoren besonders zu fördern, welche das Erreichen der Startgesellschaft und ihr anschließendes Verlassen in Richtung auf die Reifegesellschaft determinieren; eine Abweichung von dieser Stufenfolge der Entwicklung könne hingegen nicht erreicht werden.

(5) Allerdings wurden relativ schnell die Schwächen dieses deterministischen Theorieansatzes offengelegt (Ohlin [1960/61]; Baran/Hobsbaw

[1961]; *Gustaffson* [1961]; *Hagen* [1962]; *Bauer/Wilson* [1962]; *Knall* [1962]) – mit dem Ergebnis, daß (mit Ausnahme des Begriffs des „take-off“, der auch heutzutage noch häufig Verwendung findet, wenn auf den Übergang zu einem sich selbst tragenden wirtschaftlichen Wachstum abgestellt wird) diese Theorierichtung mittlerweile weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Man geht heute vielmehr von einer erheblichen Gestaltbarkeit entwicklungspolitischer Strukturen und Prozesse aus, so daß die vorne umrissene Aufgabe für Entwicklungstheorie und -politik Gültigkeit behält.

(6) Weiterhin herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Ursachen der ökonomischen Unterentwicklung keineswegs nur ökonomischer Natur seien. Insofern benötige man eigentlich eine umfassende Entwicklungstheorie, die es aber nicht gibt. Man beschränkt sich statt dessen auf partielle Entwicklungstheorien. Auch die wirtschaftliche Entwicklungstheorie ist in diesem Sinne partielle Entwicklungstheorie. In den vergangenen 40 Jahren wirtschaftswissenschaftlicher Arbeit über Entwicklungsländer lassen sich dabei verschiedene Entwicklungstheoretische Hauptströmungen mit entsprechenden entwicklungspolitischen Strategiekonsequenzen unterscheiden, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll.

II. Die zentrale Rolle der Kapitalakkumulation im Entwicklungsprozeß

1. Die Orientierung der Entwicklungspolitik am Wachstumsziel in den 50er und 60er Jahren

(1) Während der 50er und 60er Jahre wurde das wirtschaftliche Entwicklungsziel nahezu ausschließlich auf das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums reduziert: Die Entwicklungsländer sollten PKE-Wachstumsraten erreichen, die es ihnen erlauben, das PKE-Gefälle zu den Industrieländern abzubauen. Dieses Ziel sollte vorrangig durch eine Modernisierung der Entwicklungsländer-Volkswirtschaften nach westlichem Vorbild, d.h. durch einen (ggf. kapitalintensiven) Industrialisierungsprozeß, erreicht werden („Modernisierungsstrategie“).

(2) Diese Wachstumsorientierung erscheint aus dem Blickwinkel der unmittelbaren Nachkriegszeit verständlich: Viele Entwicklungsländer wiesen extrem niedrige PKE auf, die nur einen Bruchteil jener Höhe erreichten, auf der sich die PKE-Ziffern der Länder Europas und Nordamerikas befanden. Nach einer vor allem während der 50er und 60er Jahre propagierten These divergieren außerdem die PKE-Wachstumsraten in beiden Länderblöcken. Daraus ergibt sich eine immer größer werdende Kluft, eine „widening gap“ in der materiellen Gütersversorgung beider Ländergruppen, die es durch gezielte entwicklungspolitische Maßnahmen zu überwinden gilt (*Wittmann* [1965]; *Kuznets* [1965]; *Pearson* [1969]; *Robinson* [1970]).

(3) Zwar läßt sich die „widening-gap“-These nicht durch die von den Entwicklungsländern in den vergangenen 40 Jahren erzielten Wachstumsraten des PKE stützen (*Hemmer* [1988], 58ff.). Auch sind Pauschalvergleiche zwischen „den“ Industrieländern und „den“ Entwicklungsländern fragwürdig, weil die Einordnung vieler Länder in eine der beiden Ländergruppen willkürlich ist und die einzelnen Länder unabhängig von der Höhe ihres PKE stark differierende PKE-Zuwachsrate erzielen konnten. Dennoch läßt sich aufgrund des extrem niedrigen PKE vieler Entwicklungsländer die Notwendigkeit ableiten, das Wachstumsziel in den Vordergrund der Entwicklungspolitik zu rücken. Die Forderung nach einer Priorität für das Wachstumsziel wird in der Literatur zusätzlich durch den Hinweis darauf bestärkt, daß in vielen Entwicklungsländern ein erhebliches Ausmaß an absoluter Armut herrscht, das nur durch einen nachhaltigen Anstieg des PKE abgebaut oder beseitigt werden kann. Aus diesem Grunde kommt der Zielsetzung einer verbesserten materiellen Gütersversorgung in diesen Ländern höchste Priorität zu: „Das Entwicklungsziel heißt Steigerung des realen Pro-Kopf-Einkommens und ist somit ökonomisch definiert“ (*Besters* [1966], 244) bzw. „First it should be noted that our subject matter is growth, and not distribution“ (*Lewis* [1955], 9). Dabei dürfte die Betonung des Wachstumsziels innerhalb des wirtschaftlichen Entwicklungziels tendenziell um so notwendiger sein, je niedriger das PKE des betreffenden Landes ist. Anders ausgedrückt: Dem Wachstumsziel kommt um so größere Bedeutung zu, je ärmer das betreffende Land ist.

2. Die Erklärung unzureichenden Wirtschaftswachstums durch eine unzureichende Kapitalakkumulation

(1) Die ersten Versuche, die Lage in den Entwicklungsländern theoretisch in den Griff zu bekommen, basierten auf den traditionellen – primär für die industrialisierten Länder konzipierten – Wachstumstheorien: In mehreren während der 50er und 60er Jahre publizierten Beiträgen (vor allem Lehrbüchern) wurde die Übertragbarkeit der klassisch-neoklassischen sowie der keynesianisch-postkeynesianischen Wachstumstheorie auf die Entwicklungsländer erörtert (z.B. *Meier / Baldwin* [1957]; *Higgins* [1968]; *Brenner* [1966]). Man nahm dabei vor allem die Erkenntnis mit, daß die Kapitalakkumulation auch für die Entwicklungsländer im Zentrum des Entwicklungsprozesses steht (*Rostow* [1960]; *Maddison* [1970]; *Robinson* [1971]): Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung hängen maßgeblich vom Tempo der Kapitalbildung ab, während die Ausstattung der einzelnen Länder mit natürlichen Ressourcen – das betrifft in erster Linie Rohstoffe, Boden und Klima – zwar die zweckmäßigste Struktur, nicht aber das erreichbare Entwicklungsniveau bestimmt (*Lee* [1957]; *Chenery* [1960]; *Higgins* [1968], 209 ff.; *Kamarck* [1972]; *Hagen* [1975], 29 ff.).

(2) Unterentwicklung ist entsprechend die Folge einer unzureichenden Kapitalbildung. Aus der Diskussion der modernen Wachstumstheorie hatte sich die Erkenntnis ergeben, daß das Tempo der Kapitalakkumulation (= die Wachstumsrate des Kapitalstocks) dem Quotienten aus Sparquote und Kapitalkoeffizienten entspricht. Eine zu geringe Kapitalbildung ist dann die Folge einer zu geringen Sparquote und/oder eines zu hohen Kapitalkoeffizienten (= einer zu niedrigen Kapitalproduktivität). Sollen das Tempo der Kapitalakkumulation erhöht und damit das Wirtschaftswachstum beschleunigt werden, so müssen die Ursachen der zu geringen Sparquote bzw. eines zu hohen Kapitalkoeffizienten beseitigt werden. Beide Aspekte standen folgerichtig im Mittelpunkt der Entwicklungstheorie und -politik der 50er und 60er Jahre.

(3) Unter Rückgriff auf die Klassiker (an ihrer Spitze A. Smith) wurde gleichzeitig darauf verwiesen, daß man den Begriff des Kapitals – üblicherweise definiert als jener Teil des Produktionsergebnisses früherer Perioden, der zur Produktionserstellung in der betrachteten Periode beiträgt – nicht auf das Sachkapital (wie z. B. Gebäude, maschinelle Anlagen, Warenvorräte, Verkehrseinrichtungen) einengen darf. Man muß vielmehr auch das Humankapital berücksichtigen, d. h. jene menschlichen Fähigkeiten, die im Zuge der Produktion geschaffen werden und daher „produzierte Fähigkeiten“ darstellen (Schultz [1961]; Kiker [1966]; Blaug [1976]). Zu diesem Humankapital zählen vor allem der Bildungs- und Ausbildungsstand der Arbeitskräfte sowie das unternehmerische und planerische Potential eines Landes. Quantifizierungen der unterschiedlichen Beiträge von Sach- und Humankapital zur wirtschaftlichen Entwicklung kamen sogar zu dem Ergebnis, daß in der Gesamtheit der Entwicklungsländer dem Humankapitalfaktor wesentlich größere entwicklungspolitische Bedeutung zukommt als dem Sachkapital (Denison [1967]; Krueger [1968]; Correa [1970/71]).

3. Die Ursachen einer unzureichenden Kapitalakkumulation und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung

a) Die Erklärung des Kapitalmangels durch Teufelskreise der Armut

(1) Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre glaubte man, die unzureichende Kapitalakkumulation in den Entwicklungsländern durch die Theorie der „Teufelskreise der Armut“ („circuli vitiosi“ bzw. „vicious circles“; Singer [1949]; Nurkse [1953]; Myrdal [1957]), ergänzt um den internationalen Demonstrationseffekt (Nurkse [1953]; Chiang [1958/59]), erklären zu können. Diese Theorierichtung leitet den Kapitalmangel aus einer Ursachenkonstellation ab, die nach dem Prinzip der zirkulären Verursachung wirkt: Die negativ auf die Kapitalakkumulation einwirkenden Kräfte unterstützen

und verstärken sich gegenseitig derart, daß es zu keiner nennenswerten Entwicklungsbeschleunigung kommen kann.

(2) Ein erster Teufelskreis besteht in der unzureichenden Fähigkeit, die zur Finanzierung der Kapitalakkumulation benötigten Ersparnisse aufzubringen. Eine Ersparnisbildung kommt nur zustande, wenn das PKE über dem zur Sicherung des Existenzminimums benötigten Betrag liegt. Diese Bedingung ist in den meisten Entwicklungsländern jedoch nicht gegeben; dadurch kommt es zu keiner oder zu keiner nennenswerten Ersparnisbildung. Als Folge können keine Investitionen finanziert werden: Der Kapitalmangel reproduziert sich und verhindert eine eigenständige Entwicklung.

(3) Diese Teufelskreiskonstellation wird durch den internationalen Demonstrationseffekt verstärkt: Als Folge einer Nachahmung der Konsumgewohnheiten in den Industrieländern durch die sparfähige Oberschicht der Entwicklungsländer wird selbst das relativ geringe Sparpotential nicht ausgeschöpft, während in den Industrieländern ein kontinuierliches Wachstum stattfindet, das sich in einer quantitativen und qualitativen Erhöhung ihrer Konsumaktivitäten niederschlägt. Dadurch werden neue Demonstrationseffekte ausgelöst, die das Sparvolumen weiter reduzieren: Die zur Entwicklungsbeschleunigung benötigte Kapitalakkumulation kann nicht finanziert werden.

(4) Der Teufelskreis der unzureichenden Ersparnisbildung wird durch einen zweiten Teufelskreis der unzureichenden Kapitalnachfrage noch verstärkt. Danach sind die Unternehmer in den Entwicklungsländern nicht bereit, ein möglicherweise vorhandenes Sparvolumen durch eine entsprechende Investitionstätigkeit auszuschöpfen. Infolge der Enge der Märkte bieten sich nur geringe Chancen für eine ökonomisch sinnvolle Kapitalverwendung. Dadurch entsteht keine hinreichende Kapitalnachfrage: Die Kapitalausstattung verbleibt auf ihrem geringen Niveau. Als Konsequenz bleiben jene Produktivitätssteigerungen aus, die zur Erweiterung der Märkte benötigt werden: Der Kreis schließt sich.

(5) Parallel zur Formulierung der obigen beiden Teufelskreise wurde eine größere Anzahl weiterer Teufelskreise „entdeckt“, z.B. bei der Humankapitalbildung, im Außenhandel usw. (*Myrdal* [1957]; *Stucken* [1966]): Die 50er Jahre kennzeichneten sich durch eine wahre „Teufelskreiseritis“. Sie alle belegen dasselbe Grundraster: Unterentwicklung ist die Folge einer zirkulären Ursachenkonstellation, aus der die Entwicklungsländer aus eigener Kraft nicht entrinnen können. Die Industrieländer hingegen erzielen kontinuierliche Entwicklungsfortschritte: Die „widening gap“ ist vorprogrammiert. Soll dieser Prozeß unterbrochen und den Entwicklungsländern eine Entwicklungschance gegeben werden, so bedarf es umfangreicher ausländi-

scher Unterstützung. Damit war die theoretische Begründung für die Forderung nach Entwicklungshilfe geliefert.

(6) Diese Teufelskreise beherrschten das entwicklungspolitische Denken der frühen 50er Jahre. Die nicht unbedingt überzeugenden entwicklungspolitischen Erfahrungen dieser Zeit ließen aber schon bald erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob sie die Situation in den Entwicklungsländern richtig analysieren können. Außerdem legte die Diskussion dieser Ansätze in der Literatur rasch ihre konzeptionellen Defizite offen (Jöhr [1963]; Kottis [1971]; Bauer [1971a]). Aus diesem Grunde fand in der Entwicklungsländer-bezogenen Literatur seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre eine weitgehende Distanzierung von diesen Theorien statt.

(7) Seit den 60er Jahren versucht man vielmehr, die Lage in den Entwicklungsländern mit Hilfe jenes theoretischen Instrumentariums zu erklären, das auch in der allgemeinen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion für die Entwicklung von Ländern formuliert worden war. Die Unmöglichkeit, wissenschaftlich eindeutige Kriterien zur Abgrenzung der Entwicklungsländer von den Industrieländern zu formulieren, führte konsequenterweise zu dem Ergebnis, daß es dann auch keine separaten Theorien für diese Ländergruppen geben könne. Diese Position hat sich inzwischen durchgesetzt: In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der Entwicklungsländer greift man heute üblicherweise zu den allgemein verwendeten theoretischen Instrumenten dieser Disziplin, versucht dabei aber systematisch jene Besonderheiten herauszustellen, die sich in den Ländern der Dritten Welt darstellen. Dabei hat man auch Abschied von der Vorstellung genommen, man könne eine einheitliche, auf Länder unterschiedlichen Typs gleichermaßen anwendbare Entwicklungstheorie formulieren. Man operiert vielmehr mit einem umfangreichen Katalog möglicher Determinanten der Unterentwicklung und versucht darzulegen, welche davon in bestimmten Einzelfällen besonders relevant sind.

(8) Diese Vorgehensweise wurde auch auf die Erklärung des Kapitalmangels übertragen: In der entwicklungspolitischen Literatur wurden während der vergangenen 30 Jahre (und werden auch heute noch) systematisch alle Faktoren zusammengetragen, die mögliche Erklärungen für den Kapitalmangel in Entwicklungsländern abgeben können.

b) Kapitalmangel und Ersparnisbildung

(1) Sieht man von ausländischen Finanzierungsbeiträgen ab, so stellt die interne Ersparnisbildung die zentrale Quelle der Kapitalakkumulation dar. Entsprechend konzentrierten sich viele Arbeiten auf die Ursachen einer (für die unzureichende Kapitalbildung vielfach als verantwortlich angesehenen) unzureichenden Ersparnisbildung. Eine solche unzureichende Ersparnisbil-

dung kann zum einen ihre Ursachen in einer unzureichenden Sparfähigkeit haben; mit diesem Fall befaßten sich bereits die Teufelskreistheoretiker. Zum anderen kann der Sparmangel die Folge einer unzureichenden Sparbereitschaft sein, die sowohl bei den Privaten als auch beim Staat vorliegen kann.

(2) Als zentrale Determinante der unzureichenden Sparbereitschaft der Privaten gilt dabei – neben dem bereits angeführten internationalen Demonstrationseffekt – der niedrige (oft negative) Realzins in den betreffenden Entwicklungsländern (*Gupta* [1970]; *Chandavarkar* [1971]), der seinerseits das Ergebnis einer finanziellen Repressionspolitik auf den Kapitalmärkten ist (*Gurley/Shaw* [1960]; *Gurley/Shaw* [1966/67]; *Goldsmith* [1969]; *McKinnon* [1973]; *Shaw* [1973]). Eine Erhöhung der privaten Sparbereitschaft ist demzufolge nur möglich bei einer finanziellen Liberalisierung, welche mit positiven Realzinsen entsprechende Sparanreize schafft.

(3) Darüber hinaus kann der Staat versuchen, das nur unzureichend ausgenützte private Sparpotential durch staatliche Maßnahmen „anzuzapfen“, indem er mit Hilfe preis- und/oder finanzpolitischer Maßnahmen private Konsumaktivitäten einschränkt und die abgeschöpften Beträge als staatliche Ersparnisse produktiven Verwendungen zuführt. Während der 60er und 70er Jahre wurden mehrere Berechnungen zur Bestimmung des unausgenutzten Steuerpotentials angestellt (*Lotz / Morss* [1967]; *Chelliah* [1971]; *Bahl* [1971]; *Chelliah* [1975]; *Bird* [1976]); diese Studien zeigten noch ein großes Abschöpfungspotential auf. Vor allem direkte Steuern werden in vielen Entwicklungsländern in aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unzureichender Höhe erhoben (*Köllner* [1963]; *Tanzi* [1966]; *Wagner* [1971], 200 ff.). Werden diese zusätzlichen Steuereinnahmen nicht konsumtiv verwendet, sondern gespart und zur Finanzierung von Investitionen verwendet, so kann eine nachhaltige Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Kapitalakkumulation erreicht werden (*Polanyi* [1966]; *Andic / Peacock* [1966]; *Please* [1967]; *Mikesell / Zinser* [1973]).

(4) Aber selbst bei einer weitestgehenden Ausschöpfung der Ersparnismöglichkeiten wird es nach übereinstimmender Auffassung fast aller Entwicklungspolitiker in vielen Entwicklungsländern nicht möglich sein, eine als hinreichend angesehene Kapitalakkumulation intern zu finanzieren. Vielmehr muß zusätzlich auf externe Finanzierungsquellen zurückgegriffen werden. Dabei kommt der Auslandshilfe in Form von Finanzhilfe besondere Bedeutung zu. Bereits während der 50er und 60er Jahre wurden für mehrere Entwicklungsländer umfangreiche Berechnungen angestellt, in welchem Umfang sie auf Auslandshilfe angewiesen seien, um die angestrebte Kapitalakkumulation finanzieren zu können (*Cheney / Bruno* [1962]; *McKinnon* [1964]; *Fei / Paauw* [1965]; *Cheney / Strout* [1966]; *Vanek* [1967]). Auf politischer Ebene wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen

im Jahre 1970 gefordert, alle Industrieländer sollten mindestens 0,7 % ihres BSP als öffentliche Finanzhilfe (= ODA)³ zur Verfügung stellen – ein Betrag, der aber bis heute nur von wenigen Industrieländern tatsächlich aufgebracht wird.

(5) Die ökonomische Sinnhaftigkeit einer zu umfangreichen Finanzhilfe ist allerdings umstritten. Während einige Autoren die durchgängige Erfüllung des 0,7%-Ziels durch alle Industrieländer postulieren, wird von anderen Autoren darauf verwiesen, daß in vielen Entwicklungsländern überhaupt keine hinreichende Absorptionsfähigkeit für Finanzhilfe gegeben sei (*Adler* [1965]; *Stevens* [1971]); einige Entwicklungsländer seien sogar „over-aided“ (*Hammel* [1985]). Außerdem wird auf vielfach beobachtbare negative Rückwirkungen der Finanzhilfe auf die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer verwiesen. So fand in der entwicklungspolitischen Literatur der frühen 70er Jahre eine umfangreiche Diskussion darüber statt, welche tatsächlichen Beziehungen zwischen inländischer Ersparnisbildung und Finanzhilfe bestehen (*Griffin / Enos* [1969/70]; *Landau* [1971]). Dabei setzte sich weitgehend die Auffassung durch, daß die Finanzhilfe negative Auswirkungen auf die inländische Ersparnisbildung auslöst, so daß die finanziierungsbezogenen Vorteile der ausländischen Finanzhilfe durch einen Rückgang der internen Entwicklungsfinanzierung teilweise aufgehoben, im ungünstigen Fall sogar überkompensiert werden. Insofern kann die Finanzhilfe über ihre negativen internen Spareffekte das Wachstum beeinträchtigen statt beschleunigen. Entsprechend ungewiß ist deshalb auch der direkte Zusammenhang zwischen Finanzhilfe und Wachstum: Während einige Autoren (z.B. *Griffin / Enos* [1969/70]) keinen statistisch signifikanten Zusammenhang feststellen konnten, kommen andere Autoren (z.B. *Cheney / Carter* [1973]) zu einem positiven Wachstumsbeitrag der Finanzhilfe.

(6) Während der frühen 80er Jahre kulminierte die kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklungshilfe in Form der Finanzhilfe. Sowohl auf makroökonomischer als auch auf mikroökonomischer Ebene (d.h. Projekt-ebene) wurden zum Teil vehemente Attacken gegen die Finanzhilfe gerichtet (*Bauer* [1981]; *Bauer* [1984]; *Erler* [1985]). Diese Attacken sind in der entwicklungspolitischen Debatte umfangreich erörtert und vor allem in bezug auf ihre Apodiktik deutlich relativiert worden (z.B. *Cassen* [1986]). Die Diskussion hat aber offengelegt, daß Finanzhilfe schon von ihrem Volumen her die Entwicklung der Dritten Welt nur in geringem Umfang fördern kann.

³ Nach der amtlichen Definition des DAC werden nur solche öffentliche Übertragungen als ODA anerkannt, die ein Zuschußelement („grant element“) von mindestens 25 % enthalten. Das Zuschußelement gibt an, in welchem Maße auf Gegenleistungen verzichtet wird, auf denen kommerziell orientierte Gläubiger bestehen würden. Seine Höhe hängt vom vereinbarten Zinssatz, von der Laufzeit des Kredits sowie von der Zahl der tilgungsfreien Jahre (Freijahre) ab.

Weitaus wichtiger sind die interne Wirtschaftspolitik – ein Aspekt, auf den bereits in den frühen 70er Jahren hingewiesen worden ist (z.B. *Friedman* [1970]). Der Erfolg oder Mißerfolg von Finanzhilfe hängt demnach entscheidend davon ab, mit welcher internen Entwicklungspolitik sie kombiniert wird.

(7) Außerdem ist Entwicklung ein äußerst langwieriger und komplexer Prozeß, der wirtschaftliche, soziale und politische Strukturen verändert und die Denk-, Verhaltens- und Ausdrucksweise der Menschen beeinflußt. Schnelle Erfolge dürfen von der Finanzhilfe deshalb nicht erwartet werden. Finanzhilfe ist insofern weniger durch ihre direkten Entwicklungsbeiträge zu beurteilen als vielmehr danach, wie sie sich auf das Gesamtsystem der internen und externen Entwicklungsdeterminanten auswirkt.

c) Kapitalmangel und Investitionstätigkeit

(1) Die ersparnisorientierte Erklärung des Kapitalmangels wurde bereits ab Mitte der 50er Jahre um die Verwendungsseite der Ersparnisse, nämlich die Investitionstätigkeit, erweitert. In der Tat liefert das Vorliegen der benötigten Ersparnisse keine Garantie dafür, daß im entwicklungsrechtlichen erforderlichen Umfang Kapital gebildet wird. Werden die Ersparnisse nicht in produktive Investitionen umgewandelt, so führen sie unter kreislauftheoretischem Aspekt zwar zu einer Vermögens-, nicht aber zu einer Kapitalbildung. Anders ausgedrückt: Je unproduktiver die getätigten Investitionen sind, desto höher ist ihr Kapitalkoeffizient und desto geringer die erreichbare Wachstumsrate des PKE.

(2) Eine solche unzureichende produktive Investitionstätigkeit kann zum einen durch eine unzureichende Investitionsfähigkeit verursacht sein, welche sich sowohl durch einen Mangel an hinreichend qualifizierten Unternehmern (*Röpke* [1953]; *Hirschman* [1958]; *Hagen* [1962]; *Kilby* [1971]) als auch durch eine unzureichend leistungsfähige bzw. nicht an gesamtwirtschaftlichen Entwicklungszielen, sondern an Partikularinteressen ausgerichtete staatliche Verwaltung (*Clapham* [1973]; *Illy* [1983]; *Weltbank* [1983]; *Sandbrook* [1986]) erklären läßt.

(3) Zum anderen kann sie das Ergebnis einer unzureichenden Investitionsbereitschaft sein, die – wie bereits von den Teufelskreistheoretikern herausgearbeitet wurde – ihre Ursache in den pessimistischen Gewinnerwartungen der Unternehmer aufgrund der Enge der Märkte hat. Die einzige Möglichkeit, die pessimistischen Gewinnerwartungen der Unternehmer zu überwinden, besteht – so lautete die gängige Argumentation der 50er und 60er Jahre – in einem gleichzeitigen Investitionsstoß aller Unternehmen (Strategie des „balanced growth“ bzw. des ausgewogenen Wachstums; *Nurkse* [1953]). Wenn dieser Investitionsstoß groß genug ist, d.h. einen „big

push“ (*Rosenstein-Rodan* [1951]) darstellt, können alle Investoren mit hinreichend aufnahmefähigen Märkten rechnen: Die Investitionen rentieren sich, der Entwicklungsprozeß pflanzt sich fort.

(4) Dieser Gedanke des ausgewogenen Wachstums faszinierte viele Entwicklungsökonomen in den 50er und 60er Jahren, die in ausführlichen Abhandlungen die richtige sektorale Struktur und den erforderlichen Umfang der gleichzeitig durchzuführenden Investitionen zu bestimmen versuchten (*Rosenstein-Rodan* [1951]; *Cheney* [1953]; *Scitovsky* [1959]; *Myint* [1959/60]; *Singer* [1960]; *Bhatt* [1964]; *Mathur* [1966]). Allerdings sind zur Realisierung dieser Entwicklungsstrategie unternehmerische und planerische Managementkapazitäten erforderlich, die in den meisten Entwicklungsländern nicht zur Verfügung stehen. Insofern sind die Chancen der Entwicklungsländer, sich selbst aus ihrer Unterentwicklung zu befreien, stark limitiert.

(5) Eine unzureichende Investitionsfähigkeit kann erst allmählich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung heranreifen, selbst wenn sie durch eine Strategie des „unausgewogenen Wachstums“ („unbalanced growth“; *Hirschman* [1958]; *Streeten* [1959]) gefördert wird. Die Investitionsbereitschaft lässt sich hingegen nach Auffassung vor allem keynesianisch geprägter Autoren durch eine expansive Geldpolitik, die mit niedrigen Zinssätzen und einer flexiblen Geldmengenanpassung operiert, erhöhen (*Rao* [1952]; *Bottomley* [1965]; *Jackson / Turner* [1978]). Die daraus möglicherweise resultierenden Inflationseffekte werden dabei nicht als entwicklungshemmend angesehen – eine Annahme, deren Richtigkeit allerdings als Folge umfangreicher empirischer Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Inflationsrate und wirtschaftlicher Entwicklung in Frage gestellt werden muß (*Bernstein / Patel* [1955]; *U Tun Wai* [1959]; *Bhatia* [1960]; *Köllner* [1961]; *Dorrance* [1966]; *Anderson / Curtis* [1968]).

(6) Für die ausländische Finanzhilfe wurde daraus die Konsequenz gezogen, die Hilfe nicht so sehr als pauschale Unterstützung zur Verfügung zu stellen als vielmehr in Form von Projekthilfe – ein Ansatz, der trotz des Freisetzungseffekts (*Hemmer* [1988], 746f.) die Dispositionsfreiheit der Entwicklungsländer einengt und von diesen entsprechend ungerne gesehen wird (*Singer* [1965]; *Gutowski* [1971]). Gleichzeitig richtete sich das Interesse der Geber darauf, valide Kriterien für die Ermittlung der entwicklungspolitischen Vorteilhaftigkeit von Projekten zu erarbeiten. Bereits Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre wurden die Investitionskriterien des minimalen Kapitalkoeffizienten (*Polak* [1943]; *Buchanan* [1945]), der maximalen sozialen Grenzproduktivität (*Kahn* [1951]; *Cheney* [1953]), des maximalen Reinvestitionsquotienten (*Galenson / Leibenstein* [1955]) und der maximalen Arbeitsintensität (*Sen* [1957]) erarbeitet und in der Literatur einer gründlichen Kritik unterzogen (*Eckstein* [1957]; *Moes* [1957]; *Sen*

[1957]). Diese Kriterien waren darauf ausgerichtet, zu einer maximalen gesamtwirtschaftlichen Kapitalproduktivität der Investitionen zu führen, weil dadurch aus einem gegebenen Finanzierungsvolumen der Kapitalbildung eine maximale Wachstumsrate des Kapitalstocks erreicht werden kann. In den 60er Jahren mündeten diese Investitionskriterien in speziell auf Entwicklungsländer zugeschnittene, mit ausgeklügelten Schattenpreissystemen operierende Verfahren der Cost-Benefit-Analyse (CBA) ein (*Little / Mirrlees [1968]; Hammel / Hemmer [1970]; Dasgupta [1972]; Little / Mirrlees [1974]; Squire / van der Tak [1975]*), die bis heute noch bei den wichtigsten Finanzhilfegebern weitgehende Verwendung finden.

(7) Allerdings können diese Verfahren nur einen Teil der entwicklungsrelevanten Effekte quantifizieren und damit bewerten (*Hammel / Hemmer [1970]; Corti [1973]; Hemmer [1988], 735ff.*). Deshalb hat es sich in den letzten Jahren eingebürgert, in Ergänzung dazu qualitative Überlegungen in die Projektbewertung einfließen zu lassen, wie bspw. die Auswirkung der Projekte auf die Umwelt sowie die Verträglichkeit mit den bestehenden soziokulturellen Rahmenbedingungen. Gerade angesichts dieser Aspekte ist in den nächsten Jahren noch einiges an konzeptioneller Arbeit bei der Projektbewertung zu erwarten; Diskussionen hierüber (z. B. im Zusammenhang mit Umweltverträglichkeitsprüfungen) finden derzeit in breiter Intensität statt.

d) Kapitalmangel und finanzielle Infrastruktur

Für Ersparnisbildung und produktive Investitionstätigkeit ist der institutionelle Rahmen, wie er vor allem von der finanziellen Infrastruktur gebildet wird, von entscheidender Bedeutung. Die finanzielle Infrastruktur umfaßt sämtliche Institutionen, die Finanzanlagen schaffen, vermitteln, kaufen und verkaufen. Hierzu zählt zum einen das in einem Land bestehende Bankensystem, wie es bspw. von der Zentralbank, Geschäftsbanken, Entwicklungsbanken oder Genossenschaftsbanken gebildet wird; darüber hinaus gehören Versicherungsgesellschaften, Sozialversicherungen, Rentenfonds etc. zu ihr. Der finanziellen Infrastruktur obliegt im wesentlichen die Aufgabe, potentielle Ersparnisse zu aktivieren und den kreditsuchenden Investoren zur Verfügung zu stellen. Insofern hat sie eine Vermittlerfunktion (Funktion des „financial intermediary“) auszuüben. Dazu muß sie Sach- und Finanzanlagen in ihren Eigenschaften so umwandeln, daß den unterschiedlichen Präferenzen von Kapitalanbietern und -nachfragern in bezug auf Fristen, Beträge und Risiken gleichermaßen Rechnung getragen wird. In vielen Entwicklungsländern liegen diese institutionellen Voraussetzungen einer hinreichenden Kapitalakkumulation aber noch nicht vor; es kommt zu einer Unterausstattung mit dem entwicklungspolitisch nötigen Kapital (*Gurley / Shaw [1960]; Goldsmith [1969]; McKinnon [1973]; Shaw*

[1973]; *Bhatt* [1974]; *Hammel* [1975]; *U Tun Wai* [1979]). In solchen Fällen setzt eine Beschleunigung des Entwicklungsprozesses durch eine verstärkte Kapitalakkumulation einen quantitativen und qualitativen Ausbau der finanziellen Infrastruktur voraus – ein Aspekt, der insbesondere in den 70er und 80er Jahren im Zusammenhang mit der Forderung nach Beseitigung der finanziellen Repression in vielen Entwicklungsländern starke Beachtung gefunden (z.B. *Patrick* [1965/66]; *Ness* [1973/74]; *Bhatia / Khatkhate* [1975]; *Collyns* [1982]; *Abbott* [1984]) und in der teilweise praktizierten Finanzierung von Entwicklungsbanken durch die Auslandshilfe ihren Niederschlag gefunden hat.

III. Unterentwicklung und Wirtschaftsstruktur

1. Die Konzeption des Dualismus

(1) Während der 50er und 60er Jahre wurde vielfach die These vertreten, die durch den Kapitalmangel bedingte Unterentwicklung werde noch durch dualistische Strukturen verstärkt. Hierunter versteht man eine Konstellation, bei der sich eine (als staatlich-politische Einheit verstandene) Gesellschaft im Zuge ihres historischen Entwicklungsablaufs in einen „traditionellen“ und einen „modernen“ Bereich aufgespalten hat. Der „traditionelle“ Bereich ist endogener Natur und über einen langen Zeitraum hinweg gewachsen. Der „moderne“ Bereich hingegen ist weitgehend importiert; er hat seine Existenz im Zuge exogen beeinflußter Entwicklungsprozesse aufgebaut, ohne jedoch in der Lage gewesen zu sein, sich in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des betreffenden Landes zu integrieren und mit ihm zu einer neuen Einheit zu verschmelzen.

(2) Diese Dualismen können sich über verschiedene Ebenen erstrecken. Am nachhaltigsten wirkt zwar der sozio-ökonomische Dualismus (*Boeke* [1953]; *Myrdal* [1957]; *Singer* [1970/71]); daneben können sich aber auch technologische (*Eckaus* [1955]; *Leibenstein* [1960]) und regionale (*Myrdal* [1957]; *Lutz* [1958]; *Spaventa* [1959]) Dualismen ergeben. Der international ausgeprägteste Dualismus wäre entsprechend der zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (*Singer* [1970/71]). Als Konsequenz solcher dualistischer Strukturen werden die entstehenden Entwicklungsimpulse nur vom bereits fortgeschrittenen Teil der Gesellschaft aufgenommen, während der Rest der Gesellschaft stagniert, d.h. nicht am Entwicklungsprozeß teilnimmt: Es liegt eine der Teufelskreiskonstellation analoge Situation vor; der Teufelskreis wird von der Wirtschaftsstruktur ausgelöst.

(3) Entwicklungspolitik muß bei einer solchen Konstellation vorrangig „in einer Passivsanierung des traditionalen Sektors und einer Förderung des modernen Sektors“ (*Addicks / Büning* [1979], 33) bestehen – eine Sicht-

weise, die besonders pointiert von Lewis formuliert (*Lewis [1954]*) und in vielen Ländern bis in die 80er Jahre hinein praktiziert worden ist.

(4) Zwar hat die kritische Auseinandersetzung mit der Dualismus-Konzeption deutliche Schwächen auch dieses Ansatzes erbracht (*Higgins [1956/57]*; *Jochimsen [1965]*; *Myint [1970]*). Dennoch gilt es mittlerweile in der Entwicklungsökonomie als unbestritten, daß sich deutliche Entwicklungsbarrieren daraus ergeben können, daß die verfügbaren (knappen) Ressourcen in Wirtschaftsbereichen eingesetzt sind, die keine nachhaltigen Entwicklungsbeiträge auslösen. Im Extremfall können sich – worauf vor allem die „Strukturalisten“ (*Hirschman [1958]*; *Prebisch [1961]*; *Seers [1962]*) mehrfach hingewiesen haben – aus strukturellen Starrheiten sogar deutlich negative Entwicklungseffekte ergeben, wie es besonders pointiert in der These von der strukturbedingten bzw. strukturellen Inflation ihren Niederschlag gefunden hat. Diese Orientierung der Erklärung von Unterentwicklung an der Wirtschaftsstruktur kann sich sowohl auf die sektorale als auch auf die regionale Wirtschaftsstruktur beziehen.

2. Sektorale Wirtschaftsstruktur und Unterentwicklung

(1) In bezug auf die sektorale Wirtschaftsstruktur gilt seit den 50er Jahren das Hauptinteresse der Frage, wie die verfügbaren Ressourcen auf die beiden Sektoren Landwirtschaft und Industrie aufgeteilt sind. Für die meisten Entwicklungsländer ist wirtschaftliche Entwicklung gleichbedeutend mit Industrialisierung. Andererseits sind die historischen Erfahrungen vieler Länder, die im Zuge des Industrialisierungsprozesses ihren Agrarsektor vernachlässigt haben, weitgehend negativ. Aus diesem Grunde herrscht mittlerweile die Einsicht vor, daß wirtschaftliche Entwicklung sowohl Industrialisierung als auch Agrarentwicklung voraussetzt. Die zentrale Frage bezieht sich lediglich darauf, in welchem Ausmaß beide Bereiche zu fördern sind. Zu ihrer Beantwortung ist es erforderlich, jene Beziehungen zu untersuchen, die zwischen beiden Sektoren bestehen; außerdem ist zu ermitteln, wie sich diese Beziehungen während des Entwicklungsverlaufs ändern. Beide Fragen waren vor allem während der 50er und 60er Jahre ein stark interessierender Gegenstand Entwicklungstheoretischer und -politischer Forschungen.

(2) Viele (vor allem ärmeren) Entwicklungsländer kennzeichnen sich zwar durch einen hohen (oftmals 50 vH übersteigenden) Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP); die Agrarproduktion reicht dennoch nicht aus, um eine ausreichende Ernährung für die Bevölkerung sicherzustellen. Aufgrund der niedrigen Boden- und Arbeitsproduktivität des Agrarsektors bei unzureichender Kapitalausstattung ist die Agrarproduktion vielmehr relativ niedrig; die hohe Agrarquote am BIP spiegelt hier in

erster Linie das weitgehende Fehlen produktiver Industrie- und Dienstleistungsaktivitäten wider. Aus der beobachteten niedrigen Produktivität des Agrarsektors haben verschiedene Autoren gefolgert, die Entwicklungsländer sollten ihre Entwicklungsbemühungen primär auf eine Förderung der Landwirtschaft ausrichten (*Priebe* [1959]; *Johnston / Mellor* [1961]; *Brahmananda* [1961]; *Nicholls* [1964]; *Schultz* [1964]; *Wilbrandt* [1965]).

(3) Eine solche Begründung ist allerdings zu statisch konzipiert. Die für den Entwicklungsprozeß entscheidenden dynamischen Aspekte fallen weitgehend unter den Tisch. Spätestens seit Rostow ist die Bedeutung der führenden Sektoren im Entwicklungsprozeß weithin anerkannt. Die bevorzugte Förderung der Landwirtschaft ließe sich nur rechtfertigen, wenn dieser Sektor zum führenden Sektor werden kann. Für einen führenden Sektor ist es erforderlich, daß die Nachfrage nach seinen Produkten überdurchschnittlich schnell wächst (Einkommenselastizität > 1), daß der Sektor diese Nachfrage durch ein schnelles Produktionswachstum befriedigen kann, und daß vom Sektor über starke Verknüpfungseffekte („linkage effects“; *Hirschman* [1958]) technische Entwicklungsimpulse auf die anderen Sektoren des Landes übertragen werden (*Rostow* [1960]). Diese Voraussetzungen an einen führenden Sektor werden vom Agrarsektor nach heute dominierender Einschätzung aber nicht erfüllt. Zwar können auch von ihm positive Entwicklungsimpulse ausgehen. Diese schwächen sich aber – im Gegensatz zu den industriellen Entwicklungsimpulsen – im Zeitablauf ab, so daß es faktisch keine Chancen für das Zustandekommen eines vom Agrarsektor getragenen „take-off“ gibt. Vielmehr setzt die nachhaltige Zunahme des BIP eine überproportionale Expansion der nicht-landwirtschaftlichen Sektoren voraus; der Entwicklungsschwerpunkt muß auf den industriellen Bereich verlegt werden.

(4) Entsprechend dieser Vorstellung sind in der entwicklungsökonomischen Fachliteratur seit den 60er Jahren umfangreiche Maßnahmenkataloge der Industrieförderung erstellt worden, die faktisch keinen Bereich staatlicher Aktivitäten – wie z.B. Geld-, Finanz-, Währungs-, Einkommens-, Technologie- oder Wettbewerbspolitik – auslassen. Ihre Behandlung würde jedoch den Rahmen dieses Beitrags überspringen.

(5) Allerdings darf man nicht in den Fehler verfallen, den Entwicklungsprozeß einseitig auf der Industrialisierung aufzubauen. Vielmehr kann nur ein im Zuge der Entwicklung expandierender Agrarbereich jene Funktionen erfüllen, die er zugunsten der Industrialisierung zu erbringen hat:

- a) die Freisetzung von Arbeitskräften (*Lewis* [1954]);
- b) die Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die industriellen Arbeitskräfte (*Ranis / Fei* [1961]; *Jorgenson* [1961]);

- c) die Schaffung eines Marktes für industrielle Erzeugnisse (*Nurkse* [1953]);
- d) die Finanzierung der industriellen Kapitalbildung durch die Bildung von Ersparnissen sowie die Erwirtschaftung von Devisen (*Kuznets* [1961]; *Johnston / Mellor* [1961]);
- e) die Zulieferung von Rohstoffen für eine sich entwickelnde Agroindustrie (*Rostow* [1960]).

(6) Zur Erfüllung dieser Aufgaben muß auch der Agrarsektor im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung expandieren, wobei vor allem durch den verstärkten Einsatz von Sach- und Humankapital die benötigten Effekte erzielt werden können (*Schultz* [1964]). Ihren Höhepunkt erreichte diese Konzeption in der „Grünen Revolution“: Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich eine grundlegende Umgestaltung der landwirtschaftlichen Technologie, insbesondere beim Reis- und Weizenanbau. Im Mittelpunkt steht die Züchtung neuer Hochleistungssorten, welche die Erträge nicht selten vervielfachen, sofern bei ihrem Anbau eine deutliche Steigerung des Wasser-, Schädlingsbekämpfungsmittel- und Düngereinsatzes vorgenommen, d.h. in beträchtlichem Umfang Sach- und Humankapital investiert wird. Trotz teilweise erheblicher Umweltschäden sowie Verstärkungen der interpersonellen Einkommenskonzentration, die entwicklungspolitisch als fragwürdig eingestuft werden müssen, konnten über diese „Grüne Revolution“ in vielen Entwicklungsländern beachtliche Wachstumsraten der Agrarproduktion realisiert werden (*Ahmad* [1972]; *Blum* [1972]; *Borlang / Aresvik* [1973]; *Prahладачар* [1983]; *Feder* [1984/85]).

(7) Zur Erreichung des anzustrebenden Ausbaus der Landwirtschaft wurde in der entwicklungspolitischen Debatte eine Vielzahl agrarpolitischer Fördermaßnahmen diskutiert, die – wie im Falle der Industrieförderungspolitik – sich über alle wirtschaftspolitischen Handlungs- und Politikbereiche erstrecken. Ihre Behandlung würde jedoch den Rahmen dieses Beitrags überspringen.

3. Regionale Wirtschaftsstruktur und Unterentwicklung

(1) In bezug auf die regionale Wirtschaftsstruktur gilt das Hauptinteresse zweifellos der Verteilung der ökonomischen Aktivitäten auf städtische und ländliche Gebiete. Zwar orientierten sich die ersten regionalpolitisch ausgerichteten Entwicklungsökonomien zunächst an der Frage, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung auf einzelne Landesteile regional untergliedert und mit Hilfe welcher Maßnahmen man ein regional ausgewogenes Wirtschaftswachstum erreichen kann (*Perroux* [1952]; *Myrdal* [1957]; *Hirschman* [1958]; *Williamson* [1964/65]; *Richardson* [1977]). Besonders pointiert

wurde dies in bezug auf den regionalen Dualismus herausgearbeitet, für den man in der entwicklungspolitischen Literatur zunächst Italien, dann Brasilien als Musterbeispiel anführte (*Lutz* [1958]; *Spaventa* [1959]; *Holzborn* [1978] als Beispiele). Später orientierte man sich in erster Linie am Stadt-Land-Problem der Entwicklungsländer.

(2) Ausgangspunkt dieser Arbeitsrichtung war dabei die extreme Verstädterung in fast allen Entwicklungsländern (*Weltbank* [1979]; *Roger / Williamson* [1981/82]; *Bairoch* [1982]; *United Nations* [1982]; *Weltbank* [1984]). Diese Verstädterung bewirkte (und war gleichzeitig ihre Folge) ein starkes Entwicklungsgefälle zwischen Stadt und Land, wie anhand unterschiedlicher Entwicklungsindektoren festgestellt wurde (*Selowsky* [1979]). Für dieses Stadt-Land-Entwicklungsgefälle wurden in der Literatur verschiedene Erklärungen herausgearbeitet: Die einseitige Förderung städtischer Entwicklungszentren (*Mera* [1970]; *Friedmann* [1973]; *Lipton* [1977]) gehört ebenso dazu wie die Vernachlässigung der Landwirtschaft als dem für ländliche Regionen wichtigsten Wirtschaftszweig (*Griffin / Khan* [1978]; *Griffin / Ghose* [1979]; *Wissenschaftlicher Beirat* [1979]) sowie die Vernachlässigung nicht-landwirtschaftlicher ländlicher Produktionszweige (*Anderson / Leiserson* [1979/80]).

(3) Als Konsequenz dieser unausgewogenen Politik stellte sich in vielen Ländern eine intensive Landflucht ein; mehrere Autoren versuchten, diese Landflucht entsprechend theoretisch in den Griff zu bekommen (vor allem *Todaro* [1969]; *Harris / Todaro* [1970]; *Stark* [1978]; *Stark* [1982]). Diese Theorien haben sich in empirischen Tests weitgehend bewährt (*Rempel / Lobdell* [1977/78]; *House / Rempel* [1980]; *Banerjee* [1981]), so daß man die Ursachen der Landflucht als theoretisch hinreichend erfaßt und aufgeklärt ansehen kann.

(4) Zur Bekämpfung der festgestellten Stadt-Land-Entwicklungsdiskrepanzen wurden in der Literatur mehrere Konzepte erarbeitet:

- a) In bezug auf die metropolitanen Ballungszentren wird vorgeschlagen, ihre bisherige einseitige Privilegierung abzubauen. Die verbleibenden Fördermaßnahmen für städtische Gebiete sollten sich vorzugsweise darauf beschränken, die Verstädterung auf mehrere Städte zu verteilen, um den Überdruck auf die Metropolen zu reduzieren. Insofern kommt der Förderung von Klein- und Mittelstädten hohe entwicklungspolitische Priorität zu (*Johnson* [1970]; *Rondinelli / Ruddle* [1978]; *Hennings* [1978]; *Friedmann / Weaver* [1979]; *Friedmann* [1979]).
- b) Parallel dazu wird eine gezielte Stärkung der Leistungsfähigkeit ländlicher Räume durch eine in einer Vielzahl von Details ausgefächerte Strategie der integrierten ländlichen Entwicklung postuliert (*Mellor* [1968]; *Kötter* [1974]; *Ahmad* [1975]; *Ruthenberg* [1975]; *Mellor* [1976];

Leupolt [1976]; Richter [1976]; Wulf [1977]; Wissenschaftlicher Beirat [1979]; Gow / Van Sant [1983]; Waterston [1984]).

c) Innerhalb der städtischen Gebiete wird eine vorrangige Förderung des sogen. informellen Sektors gefordert (*Mazumdar [1976]; Sethuraman [1976]; Santos [1979]; Bromley [1979]; Sethuraman [1981]; Herrle [1983]; Richardson [1984]; Schneider-Barthold [1984]; Sethuraman [1987]*), von dessen Ausbau man keine nachhaltigen Sogeffekte auf die ländliche Bevölkerung und daher eine Abflachung der Landflucht erwartet. Allerdings ist es bis heute noch nicht gelungen, eine operationale Definition des informellen Sektors und seiner Abgrenzung vom formellen Sektor zu liefern. Vielmehr steht zu erwarten, daß auch die kommenden Jahre noch eine intensive Diskussion des informellen Sektors und seiner Entwicklungspolitischen Fördermöglichkeiten bringen werden.

IV. Unterentwicklung und internationale Wirtschaftsbeziehungen

1. Vorbemerkungen

(1) Viele Autoren räumen den binnengesellschaftlichen Ursachen zur Erklärung der Unterentwicklung nur geringe Bedeutung bei. Nach ihrer Auffassung kommt dem bestehenden System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in das die Entwicklungsländer eingebettet sind, wesentlich größere Bedeutung bei der Erklärung der Unterentwicklung zu. Dieses System bewirke nämlich – so lautet die vor allem während der 60er und frühen 70er Jahre häufig vorgetragene Argumentation –, daß die von den Entwicklungsländern aus eigener Kraft durchgeführten Entwicklungsanstrengungen nicht nur in ihrer Wirksamkeit gemildert, sondern häufig sogar völlig zunichte gemacht werden, während umgekehrt die Industrieländer ihre eigene Entwicklung infolge der internationalen Wirtschaftsbeziehungen noch beschleunigen können.

(2) Diese negativen Wirkungen werden dabei sowohl über den internationalen Handel als auch über die internationalen Kapitalbewegungen übertragen.

2. Unterentwicklung und internationaler Handel

(1) Die Beantwortung der Frage, ob die Unterentwicklung die Folge des internationalen Handels sein kann, setzt zunächst die Klärung jener Gründe voraus, welche die Entwicklungsländer veranlassen, überhaupt am internationalen Warenaustausch teilzunehmen.

– Zum einen erweist sich die Aufnahme des internationalen Handels als vorteilhaft, wenn ein Land aufgrund seiner Ressourcenausstattung sowie

seines technischen Wissens nicht in der Lage ist, bestimmte Güter und Leistungen zu erstellen, obwohl eine Nachfrage nach ihnen besteht. Ein solches Verfügbarkeitsdefizit kann über den internationalen Handel beseitigt werden.

- Zum anderen kann der internationale Handel für die beteiligten Länder Vorteile erbringen, wenn die gehandelten Güter zwar in sämtlichen Ländern hergestellt werden können, die jeweiligen Inlandspreise aber divergieren. Werden jetzt jene Güter importiert, die im Ausland billiger sind als im Inland, und als Gegenleistung jene Erzeugnisse exportiert, deren Inlandspreise unter den vergleichbaren Auslandspreisen liegen, so erhöhen sich die Konsummöglichkeiten über jenes Volumen hinaus, das aufgrund der internen Produktionsmöglichkeiten möglich ist.

Preisvorteile gegenüber ausländischen Produzenten ergeben sich in erster Linie bei jenen Gütern, welche die im betreffenden Land besonders reichlich vorhandenen (und daher im Vergleich zum Ausland relativ billigen) Produktionsfaktoren verhältnismäßig intensiv, die besonders knapp verfügbaren (und daher relativ teuren) Produktionsfaktoren hingegen verhältnismäßig extensiv einsetzen. Für die meisten Entwicklungsländer resultierte daraus die Forderung, sie sollten sich auf die Produktion und den Export arbeits- und rohstoffintensiver Güter spezialisieren und kapital- und technologieintensive Erzeugnisse entsprechend importieren.

(2) Nach Ansicht verschiedener Autoren lassen sich diese (aus der traditionellen Außenwirtschaftstheorie entnommenen) Aussagen wegen ihres dominant statischen, d. h. dynamische Entwicklungsprozesse weitgehend vernachlässigenden Charakters aber nur in begrenztem Umfang auf die Entwicklungsländer übertragen (*Myint* [1958]; *Myint* [1969]; *Myrdal* [1970]) – mit dem Ergebnis, daß sich für viele Entwicklungsländer der auf diesen Spezialisierungsempfehlungen basierende internationale Handel nicht als entwicklungsfördernd erweist. Während in den 50er Jahren noch der Kapitalmangel als der entscheidende Entwicklungsengpaß angesehen wurde, identifizierte man in den 60er Jahren in Konsequenz dieser Kritik vornehmlich die Devisenknappheit der Entwicklungsländer als ihren zentralen Entwicklungsengpaß. Devisenmangel erschwert oder verhindert die Finanzierung entwicklungsnotwendiger Einfuhren. Daraus reduzieren sich – bedingt durch die starke Komplementarität zwischen einheimischen und importierten Kapitalgütern in vielen Entwicklungsländern – wiederum die Möglichkeiten für einen entwicklungsfördernden Kapitaleinsatz: Der Entwicklungsprozeß wird blockiert.

(3) Die bekannteste Variante der Erklärung der Unterentwicklung über den internationalen Handel ist sicherlich die „Terms of Trade“-These (ToT-These) bzw. „Prebisch-Singer-These“ (*Prebisch* [1950]; *Singer* [1950]; *Pre-*

bisch [1959])⁴. Prebisch und Singer glaubten, den Entwicklungbeitrag des Außenhandels mit Hilfe der „terms of trade“ (= ToT)-Veränderungen messen zu können⁵. ToT-Abnahmen (= „Verschlechterungen“ der ToT) werden dabei mit Wohlstandsverlusten, ToT-Zunahmen (= „Verbesserungen“ der ToT) mit Wohlstandsgewinnen gleichgesetzt. Da sich nach Auffassung vieler Autoren eine ToT-Abnahme für die Entwicklungsländer feststellen läßt, erweist sich der Außenhandel als ursächlich für eine Entwicklungsverlangsamung bzw. – im Extremfall des „Verelendungswachstums“ (Bhagwati [1958]) – Entwicklungsbeeinträchtigung dieser Länder.

Die in der Literatur vollzogene Diskussion dieser ToT-Theorie hat aber sowohl umfangreiche statistische (Ellsworth [1956/57]; Kindleberger [1956]) als auch analytische (Lademan [1955]; Meier [1968]; Hemmer [1977]) Defizite der ToT aufgedeckt. Als ihre Konsequenz muß die ToT-Theorie als die ökonomische Realität nicht richtig oder nur unzureichend beschreibend eingestuft werden: Einen Beweis der Behauptung, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen seien Ursache der Unterentwicklung, vermag sie weder zu liefern noch widerlegt sie diese.

(4) In den 70er Jahren wurde die ToT-Theorie durch die These ergänzt, die Entwicklungsländer würden in ihren Entwicklungsmöglichkeiten (zusätzlich) dadurch beeinträchtigt, daß ihre Exporterlöse teilweise extremen Schwankungen unterworfen wären, so daß keine soliden Entwicklungspläne möglich seien. Die vorliegenden empirischen Angaben belegen in der Tat, daß das Ausmaß der Exporterlösschwankungen für die Entwicklungsländer wesentlich größer ist als für die Industrieländer. Dabei war die Exportinstabilität tendenziell um so stärker, je kleiner die Länder (gemessen durch die Höhe des BIP), je kleiner das Gesamtvolumen der Exporte, je niedriger das PKE und je niedriger die BIP-Wachstumsrate waren (Massell [1964]; Stein [1977]; Lancieri [1978]; Love [1978/79]; Love [1983]). Für diese Länder kann es zu Verringerungen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten kommen, verglichen mit dem Zustand kontinuierlicher Exporterlöse (Hemmer [1988], 234 ff.).

(5) Im Gegensatz zu diesen pessimistischen Konzepten gibt es in regelmäßigen Abständen empirische Untersuchungen, welche mit Hilfe von Querschnittsanalysen den globalen positiven Entwicklungbeitrag des Exports beweisen wollen (Maizels [1968]; Lee [1971]; Balassa [1978]; Laumas [1981/82]). Die theoretische Begründung wird gleich mitgeliefert:

⁴ Die marxistische Variante der ToT-Theorie ist die These vom ungleichen Tausch (Amin 1974; Schmidt 1982).

⁵ Die ToT errechnen sich als Quotient aus dem Index der Exportgüterpreise und dem Index der Importgüterpreise eines Landes und geben an, wie viele Einheiten an Importgütern ein Land im Austausch gegen eine Einheit seiner Exportgüter erhalten kann.

- Die marginale Sparquote ist im Exportsektor höher als in den übrigen Sektoren (dies gilt vor allem bei Primärgütern);
- die Ersparnisse des Staates hängen stark von Außenhandelssteuern ab;
- ein dauerhaftes Exportwachstum erhöht die Sparbereitschaft anderer Sektoren;
- der Außenhandel erhöht die Effizienz der Produktionsfaktoren und damit den „investible surplus“;
- Exportanstiege lösen interne Multiplikatorprozesse aus, die ihrerseits den Umfang der Ersparnisse steigern;
- der Außenhandel bewirkt Erziehungseffekte für die Effizienz der Binnensektoren der Volkswirtschaften.

(6) Die entwicklungspolitische Diskussion über den Zusammenhang zwischen Außenhandel und wirtschaftlicher Entwicklung hat jedenfalls verdeutlicht, daß man keine pauschalen Aussagen über „die“ Rolle des Außenhandels für „die“ Entwicklungsländer machen darf, da von Land zu Land sowie innerhalb eines Landes von Sektor zu Sektor unterschiedliche Konstellationen vorliegen können (*Meier [1968]*):

- der Exportsektor kann entwicklungsfördernder Sektor sein;
- der Exportsektor kann autonomer Sektor sein;
- der Exportsektor kann ausgleichender Sektor sein;
- der Exportsektor kann entwicklungshemmender Sektor sein.

Aus diesem Grunde ist es nicht möglich, generalisierende Aussagen über „den“ Einfluß des Außenhandels auf „die“ wirtschaftliche Entwicklung abzugeben. Man muß vielmehr stets in die Analyse des Einzelfalls einsteigen, wenn man sinnvolle Aussagen erhalten möchte.

(7) Folgerichtig hat sich die entwicklungspolitische Diskussion der Frage zugewandt, mit Hilfe welcher Maßnahmen eine positive Wirkung des Außenhandels auf die wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden kann. Eine Gruppe von Autoren, die per Saldo von der entwicklungshemmenden Wirkung des Außenhandels überzeugt ist, plädiert nachhaltig für eine Strategie der Importsubstitution, d.h. den gezielten Ausbau jener Sektoren, die Importe durch heimische Erzeugnisse zu ersetzen vermögen. Im Gegensatz dazu vertreten jene Autoren, die von einer per Saldo entwicklungsfördern den Wirkung des Außenhandels ausgehen, vorrangig die Strategie der Exportförderung. Die hierüber ausgebrochene Diskussion führte allerdings zu dem Ergebnis, daß Importsubstitution und Exportförderung keine Alternativen darstellen. Vielmehr ist in vielen Fällen eine sinnvolle Exportförderungspolitik erst möglich, wenn zuvor eine Phase der Importsubstitution durchlaufen wurde. Die Importsubstitution stellt insofern eine wesentliche

Voraussetzung für eine erfolgreiche Exportförderungspolitik dar (*Khan* [1963]; *Cameron* [1964]; *Meier* [1968]; *Hesse* [1968]; *Hoffmann* [1970]; *von Urff* [1976]; *Keesing* [1979]; *Donges* [1981]).

(8) Beide Strategien – Importsubstitution und Exportförderung – lassen sich durch das gesamte Bündel preis- (einschließlich wechselkurs-), geld- und finanzpolitischer Maßnahmen unterstützen. Hierüber wird seit über 30 Jahren in der Fachliteratur diskutiert, wobei ein wesentlicher Akzent auf der Ermittlung der für beide Strategien jeweils geeigneten Sektoren liegt (zum Überblick: *Hesse* [1968]; *Hoffmann* [1970]; *Donges* [1981]; *Hemmer* [1988], 412 ff., 509 ff., 748 ff.).

(9) Bei der Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft kann durch die Industrieländer insofern wertvolle Hilfe geleistet werden, als sie zur Stabilisierung der Exporterlöse der Entwicklungsländer beitragen können. Der Schwerpunkt in der Entwicklungspolitischen Fachdiskussion liegt dabei auf der Stabilisierung der Exporterlöse mit Hilfe von Waren- und Rohstoffabkommen, die auf gemeinsamen Absprachen zwischen Produzenten- und Verbraucherländern basieren. Derartige Abkommen gibt es in Form von „buffer-stock“-Systemen, von langfristigen Kauf- und Lieferverpflichtungen sowie von Export-Quoten-Abkommen. Diese seit mehr als 35 Jahren praktizierten Abkommen haben allerdings nur einen mäßigen Erfolg gehabt; in der Literatur (*MacBean* [1966], 269 ff.; *Radetzki* [1970], 96 ff.; *Kebschull* [1977], 75 ff.; *McNicol* [1978]; *Brook* [1978]; *Glismann / Rodemer* [1979]; *Nguyen* [1979]; *Donges* [1981], 71 ff.; *Salant* [1983]; *Schmitz* [1984]; *Maizels* [1987]) sind ihre Schwachstellen, die hierfür verantwortlich sind, entsprechend deutlich herausgearbeitet worden.

(10) Daneben wurden als weitere handelspolitische Förderungsmaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer eine Indexierung der Rohstoffpreise (*UNCTAD* [1975]; *Cuddy* [1976]) sowie die Einräumung von Zollpräferenzen für Entwicklungsländer (zum Überblick: *Bachmann* [1965]; *Feldsieper* [1975]) diskutiert (und teilweise auch praktiziert; eine Bilanz der dabei erreichten Ergebnisse findet sich bei *Brown* [1987/88]). Schließlich wurden von mehreren internationalen Organisationen (z. B. IWF, EG) kompensatorische Finanzsysteme erarbeitet, welche einen Ausgleich nationaler Exporterlösschwankungen durch kurz- bis mittelfristige Kredite bezwecken (*Schams* [1974]; *Morrison / Perez* [1976]; *Goreux* [1977]; *Borrmann* [1984]).

(11) Schließlich wird immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die Entwicklungsländer bei ihren Exportbemühungen nicht auf die Industrieländermärkte konzentrieren sollten; oftmals bieten gerade die Binnenmärkte anderer Entwicklungsländer die besten Absatzmärkte für die im Zuge der Importsubstitution aufgebauten Industriezweige. Insofern besteht noch ein beträchtliches Potential zur Förderung des Außenhandels zwischen Ent-

wicklungsländern (*Pazos* [1973]; *Langhammer* [1980]), dessen Aktivierung durch entsprechende Fördermaßnahmen seitens der Industrieländer – wie bspw. die Finanzierung von Handelsbilanzsalden zwischen Entwicklungsländern (*Thießen* [1968]; *Gutowski* [1969]; *Gutowski / Hammel* [1970]; *Kampffmeyer* [1981]) – unterstützt werden könnte.

3. Unterentwicklung und internationale Kapitalbewegungen

(1) Neben den Verflechtungen beim Außenhandel können sich nach weitverbreiteter Auffassung entwicklungshemmende Wirkungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen über die internationalen Kapitalbewegungen vollziehen. So kann der bereits als wichtige Determinante der Unterentwicklung erörterte Kapitalmangel auch dadurch verursacht sein, daß ein Teil der aufgebrachten Ersparnisse ins Ausland fließt. In diesem Fall wird mit den Ersparnissen nicht eine für den Entwicklungsprozeß benötigte inländische Kapitalbildung, sondern lediglich ein Geldvermögenszuwachs finanziert, der für sich genommen keine Entwicklungseffekte im Entwicklungsland auslöst.

(2) Als deutlichste Form eines solchen Kapitalabflusses wird der Abzug von Produktionsüberschüssen über den existenzminimalen Konsum während der Zeit der kolonialen Abhängigkeit der heutigen Entwicklungsländer angesehen. Den Kolonien war es dadurch unmöglich, die zur eigenen wirtschaftlichen Entwicklung erforderliche Kapitalbildung zu betreiben. Als Konsequenz dieses Kapitalabflusses leiden die heutigen Entwicklungsländer unter Kapitalmangel, so daß der Zustand der Unterentwicklung zumindest teilweise auf die koloniale Vergangenheit dieser Länder zurückgeführt werden kann (*Baran* [1957]; *Senghaas* [1972]; zur Kritik: *Bauer* [1971 b]).

(3) Zwar ist die Periode der kolonialen Abhängigkeit der Entwicklungsländer inzwischen weitgehend beendet. Dafür findet jedoch – so argumentieren mehrere Autoren – ein Kapitalabfluß aufgrund der Tätigkeit ausländischer Gesellschaften in den Entwicklungsländern statt. Der Kolonialismus ist de facto nicht aufgehoben, sondern lediglich auf eine andere Ebene verlagert. Der Kapitalabfluß ins Ausland findet nach dieser Interpretation weiterhin statt und verstärkt den entwicklungshemmenden Kapitalmangel dieser Länder (*Baran* [1957]; *Senghaas* [1972]).

Allerdings ist gerade dieser Teilaspekt der Entwicklungseffekte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in der Literatur so umstritten wie kein anderer. Es gibt eine Vielzahl von Einzelstudien, welche die Vor- und Nachteile ausländischer Direktinvestitionen zu quantifizieren suchen (zum Überblick: *Caves* [1982]; *Willmore* [1986]; *Hemmer* [1988], 248 ff.; *Singh* [1988/89]). Grundsätzliche Aussagen pro oder contra Auslandsinvestitionen schei-

nen danach nicht zulässig zu sein: Es sind sowohl entwicklungsfördernde als auch entwicklungshemmende Wirkungen möglich, so daß man stets auf die Bedingungen des zur Beurteilung anstehenden Einzelfalls zurückgreifen muß, um angemessen urteilen zu können. Cum grano salis scheint allerdings der tatsächliche Einfluß der multinationalen Gesellschaften auf den Entwicklungserfolg ihrer Gastgeberländer wesentlich geringer zu sein als in vielen (z. T. stark ideologisch gefärbten) Studien suggeriert wird.

(4) Weiterhin exportieren Einheimische die von ihnen gebildeten Ersparnisse ins Ausland, statt sie zur nationalen Kapitalbildung zu verwenden. Diese offiziell oder auf dem Wege der illegalen Kapitalflucht inoffiziell stattfindenden Kapitalabflüsse wirken sich ebenfalls entwicklungshemmend aus – ein Aspekt, der insbesondere in den letzten Jahren deutlich stärkere Beachtung gefunden hat (*Lessard / Williamson [1987]; Pastor [1990]*).

(5) Ebenso resultiert aus der hohen Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer ein mitunter starker Kapitalabfluß ins Ausland, der sich entwicklungshemmend auswirken kann. Viele – vor allem lateinamerikanische, aber auch afrikanische – Entwicklungsländer sind seit Mitte der 80er Jahre sogar Nettokapitalexportore geworden, weil die für den Schuldendienst benötigten Beträge inzwischen höher sind als neue Kapitalimporte getätigt werden können. Die zum Schuldendienst benötigten Beträge fehlen aber der inländischen Kapitalbildung; als Konsequenz ergibt sich eine Verlangsamung des Entwicklungsprozesses (*Simonis [1984]; Holthus [1987]; Hemmer [1988], 819 ff.*).

(6) Schließlich findet in teilweise beträchtlichem Umfang durch die als „brain drain“ bezeichnete Abwanderung von ausgebildeten Arbeitskräften ein Abfluß von Humankapital aus den Entwicklungsländern statt. Insbesondere in jenen Ländern, deren Humankapitalmangel als zentraler Entwicklungsengpaß wirkt, ergeben sich daraus erhebliche Entwicklungshemmnisse (*Bhagwati [1975]; Galinski [1986]*).

4. Die Dependenz-Diskussion der 60er und 70er Jahre

(1) Besonders deutlich wurde die These von den entwicklungshemmenden Wirkungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen von den Dependenztheoretikern verfochten. Diese politökonomische, d.h. ökonomische, soziologische und politologische Aspekte miteinander verknüpfende Theorierichtung wurde zunächst (d.h. anfangs der 60er Jahre) nur für Lateinamerika konzipiert, später aber auf die gesamte Dritte Welt übertragen⁶.

⁶ Innerhalb der Dependenztheorie lassen sich drei Hauptrichtungen unterscheiden: Eine bürgerlich-nationalistische (Hauptvertreter: Juguaribe, Sunkel, Furtado, Pinto), eine strukturalistische (Hauptvertreter: Cordova, Dos Santos) und eine marxistische

Nach diesem Ansatz kennzeichnen sich die bestehenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen durch eine einseitige Abhängigkeit der Entwicklungen von den Industrieländern. Diese Abhängigkeit vollzieht sich sowohl über den internationalen Warenaustausch als auch über die Tätigkeit multinationaler Gesellschaften, die häufig als verlängerter Arm der Industrieländer aufgefaßt werden. Als Folge der Abhängigkeit werden die aus dem Außenhandel resultierenden Vorteile nicht gleichmäßig auf alle beteiligten Länder verteilt, sondern fallen ausschließlich bei den wirtschaftlich dominierenden Industrieländern an. Die Entwicklungsländer erzielen bestenfalls kurzfristige Scheingewinne.

(2) Die Dependencia-Diskussion gab der entwicklungstheoretischen und -politischen Diskussion seit der Mitte der 60er Jahre wichtige Impulse, die zur Überwindung von dogmatischen Positionen und zur Ablösung veralteter Erklärungsmuster führten. Zum einen kritisierten die Dependenztheoretiker die traditionelle, überwiegend partialanalytisch geprägte Modernisierungstheorie umfassend und regten somit zu ihrer Überprüfung an. Zum anderen stellten die Dependencia-Ansätze den internationalen Kontext von Entwicklung und Unterentwicklung deutlich heraus und bemühten sich um eine ganzheitliche Betrachtungsweise.

(3) Nach Ansicht ihrer Kritiker liefern die Dependencia-Ansätze aufgrund ihrer terminologischen Ungenauigkeiten sowie ihrer inoperationalen, d.h. empirisch nicht überprüfaren Definition von Abhängigkeit jedoch keine falsifizierbaren Hypothesen. Bestenfalls kann man die Dependencia-Konzeption als ein Paradigma auf hoher Abstraktionsebene verstehen, das erst noch empirisch überprüfbar ausgefüllt werden muß. Weitere Einwände, die in der Literatur vorgebracht worden sind (zum Überblick: *Sautter* [1977]; *Palma* [1978]; *Sautter* [1986]), beziehen sich auf ihre theoretischen Unschärfen sowie ihre vollständige Negation möglicher positiver Entwicklungseffekte der internationalen Beziehungen.

(4) Die umfangreich gegen sie vorgebrachte Kritik mag verantwortlich dafür sein, daß es seit Anfang der 80er Jahre um die Dependenztheorie still geworden ist: Nicht wenige Aussagen, die von ihren Anhängern ursprünglich mit nahezu apodiktischem Wahrheitsanspruch vertreten worden waren, mußten inzwischen zurückgenommen werden (*Sautter* [1986], 266). Letztlich könnte man sogar die These vertreten, die Dependenztheorie sei selbst für die Unterentwicklung vieler Länder der Dritten Welt verantwortlich, weil sie den Eindruck vermittelt, diese Länder könnten sich aufgrund ihrer Einbindung in das bestehende System der internationalen Arbeitsteilung überhaupt nicht entwickeln. Dadurch sind möglicherweise viele potentiell entwicklungsfördernde Maßnahmen unterblieben.

Dependenztheorie (Hauptvertreter: Cardoso, Frank). Zu den Einzelheiten: *Evers / von Wogau* 1973; *Senghaas* 1974; *Sautter* 1977; *Palma* 1978; *Ochel* 1982, 83 ff.

V. Die explizite Berücksichtigung verteilungspolitischer Ziele

1. Die Begründung für die explizite Berücksichtigung des Verteilungsziels als wirtschaftliches Entwicklungsziel

(1) Anfang der 70er Jahre hat sich im Denken über die wirtschaftliche Entwicklung eine „stille Revolution“ (*Ul Haq* [1978], 12) vollzogen, nachdem die Fragwürdigkeit der bis dahin dominierenden, (fast) ausschließlich an wachstumspolitischen Zielen ausgerichteten Konzeptionen deutlich wurde. Insbesondere die in vielen Entwicklungsländern praktizierte einseitige Förderung der Industrie bei gleichzeitiger Vernachlässigung, wenn nicht sogar Diskriminierung der Landwirtschaft hat in den meisten Fällen nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, sondern vielmehr durch die Ausgrenzung von teilweise bis zu 80 % der Bevölkerung vom Entwicklungsprozeß zu einer Marginalisierung weiter Bevölkerungskreise geführt; der über die Modernisierung erhoffte „trickle-down“-Effekt blieb weitgehend aus (*Myrdal* [1968]; *Myrdal* [1970]; *Seers* [1972]; *McNamara* [1973]; *Streeten* [1977]; *Streeten* [1979]). Hatte man während der 60er Jahre Verteilungszielvorstellungen bestenfalls indirekt durch die Zielsetzung erfaßt, den Beschäftigungsgrad zu erhöhen (*Baer / Hervé* [1966]; *Frank* [1968]; *Turnham* [1971]), wird seit Anfang der 70er Jahre zunehmend gefordert, Elemente aktiver Verteilungspolitik in die Entwicklungspolitik einzubeziehen, weil nur so eine Reduzierung der umfangreichen Massenarmut in den Entwicklungsländern möglich sei.

(2) Lange Zeit wurde auf die Berücksichtigung eines eigenständigen Verteilungsziels im Entwicklungspolitischen Zielkatalog verzichtet. Die hierdurch implizierte Gleichsetzung von Wachstum und Entwicklung wurde zum einen durch den Hinweis darauf gerechtfertigt, daß durch den „trickle-down-Effekt“ sowie staatliche Umverteilungsmaßnahmen auch die Armen vom Wirtschaftswachstum profitieren (*Lewis* [1954]). Zum anderen kommen nur bei einer Ungleichverteilung von Einkommen jene Leistungsanreize zustande, die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sind.

(3) Unterstützung fand letztere Auffassung vor allem durch *Kuznets* (*Kuznets* [1955]). Er äußerte aufgrund der Ergebnisse empirischer Untersuchungen die Vermutung, daß der Entwicklungsprozeß zunächst zwar eine ungleichhere, auf lange Sicht gesehen aber eine gleichmäßige Einkommensverteilung zur Folge haben wird (sogen. „Kuznets'sche U-These“). Diese These wurde auch von anderen Autoren theoretisch begründet (*Lewis* [1954]; *Fei / Ranis* [1964]; *Cline* [1975]; *Ahluwalia* [1976b]; *Robinson* [1976]) und in mehreren empirischen Untersuchungen (*Paukert* [1973]; *Adelman / Morris* [1973]; *Ahluwalia* [1976a]; *Ahluwalia* [1979]; *Saith* [1983]; *Dowling* [1985]) weitgehend bestätigt. Allerdings liegt der Zeitpunkt der Umkehrung des Verteilungstrends in vielen Ländern in weiter Ferne; die Erfahrungen mehr-

rerer – insbes. lateinamerikanischer – Länder lassen sogar befürchten, daß die von *Kuznets* prognostizierte Verminderung der interpersonellen Einkommenskonzentration möglicherweise ganz ausbleiben könnte (*McNamara* [1973]). Verschiedene Autoren befürchten für weite Teile der Dritten Welt entsprechend ein „Wachstum ohne Entwicklung“ (*Uphoff / Ilchman* [1972], 75 ff.). Diese Erkenntnis hat bewirkt, daß seit Ende der 70er Jahre immer stärker darauf gedrängt wird, das Verteilungsziel als eigenständiges Entwicklungsziel zu berücksichtigen.

(4) Beträchtliche Schwierigkeiten wirft allerdings die Operationalisierung des Verteilungsziels auf. Während die Forderung, in erster Linie müsse die absolute Armut beseitigt werden, als unproblematisch erscheint, wirft der zweite Teilaспект des Abbaus relativer Ungleichverteilungen wesentliche Probleme bei der Bestimmung der anzustrebenden bzw. noch tolerierbaren Ungleichverteilung auf. Eine völlig egalitäre Verteilung läßt sich in der Tat genauso wenig rechtfertigen wie eine zu starke Ungleichverteilung. Aber welche Ungleichverteilung ist tolerierbar? Bis heute tut sich die Entwicklungspolitik schwer damit, das akzeptable Ausmaß von Ungleichverteilung normativ zu begründen (*Rawls* [1971]; *Nozick* [1974]; *Lal* [1976]; *Sahota* [1978]; *Yaari* [1981]). Als praktikabler Ausweg wurde deshalb vorgeschlagen, einen Toleranzbereich für Ungleichverteilungen via politisches Werturteil festzulegen (*Hemmer* [1988], 81 ff.) – also denselben Weg einzuschlagen, der bereits bei der Zuordnung einzelner Länder zur Gruppe der Entwicklungsländer gegangen wurde. Verteilungsdifferenzen, die außerhalb des zulässigen Toleranzbereichs liegen, lassen sich dann entsprechend als Ausdruck relativer Armut interpretieren.

(5) Nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeiten, Normen für tolerierbare Ungleichverteilungen zu finden, dominiert in der derzeitigen verteilungspolitischen Zieldiskussion die Forderung nach einem Abbau der absoluten Armut. Am deutlichsten hat dies die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht 1978 formuliert, wo das Verteilungsziel nur noch aus der Beseitigung der absoluten Armut zu bestehen scheint:

„Die Entwicklungsbemühungen sind demnach auf ein doppeltes Ziel auszurichten, und zwar auf ein schnelles Wachstum und darauf, die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen so schnell wie möglich zu verringern.“ (Weltbank [1978], 1).

2. Die Formulierung zielgruppenorientierter Entwicklungsstrategien während der 70er Jahre

(1) Seit der Nairobi-Rede McNamaras (*McNamara* [1973]) wurden unter Federführung der Weltbank und des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) mehrere Versuche unternommen, Strategien zur unmittelbaren Bekämpfung der Armut zu entwerfen, die direkt bei den Armutsgruppen ansetzen.

Im einzelnen handelt es sich dabei um die folgenden, sich von ihrem Grundverständnis her ergänzenden Strategien (*Cheney* [1974]; *ILO* [1976]; *Ahluwalia* [1979]):

a) Strategie der Umverteilung des Wachstums

Dieser Ansatz beinhaltet den Vorschlag, die Armen in stärkerem Maße als bisher am Zuwachs des BSP teilhaben zu lassen. Dadurch könne allmählich eine Angleichung relativer Einkommensdifferenzen erreicht und der Abbau der absoluten Armut beschleunigt werden. Als zentrale strategische Variable ist dabei eine progressiv wirkende Steuerpolitik in Verbindung mit Transferzahlungen an die ärmeren Einkommensschichten einzusetzen (*Bird / de Wulf* [1973]).

b) Strategie zur Erhöhung der Beschäftigung

Da für den Großteil der Bevölkerung der Einsatz der eigenen Arbeitskraft die einzige Möglichkeit zum Einkommenserwerb darstellt, könnte die Einbeziehung bisher Arbeitsloser in den Produktionsprozeß zu einer Verbesserung ihrer Einkommensposition und damit zu einem Abbau der absoluten Armut beitragen. In der Tat schlägt sich in nahezu allen Entwicklungsländern das Beschäftigungsproblem stärker bei Armut und Ungleichheit nieder als daß die Arbeitslosigkeit per se ein Problem wäre (*Bell / Jolly* [1973]). Zur Realisierung eines Beschäftigungsanstiegs sind dabei sowohl Maßnahmen zur besseren Qualifikation der Arbeitskräfte (in erster Linie über die Bildungspolitik) als auch zur Steigerung der Arbeitsnachfrage (vorrangig über das Wirtschaftswachstum) zu ergreifen (*Cline* [1975]).

c) Strategie zur Anhebung der Produktivität der Armen

Die Beschäftigung ist nur eine von mehreren Determinanten der Einkommenserzielung. Von gleicher Bedeutung ist die Höhe der Einkommen, die durch Arbeit erzielt werden; diese Einkommen sind ihrerseits häufig Spiegelbild der jeweiligen Arbeitsproduktivität. Empirische Untersuchungen belegen, daß sich das Problem der absoluten Armut nicht auf Arbeitslose und Unterbeschäftigte beschränkt. Vielfach betrifft es auch Arbeitskräfte, die trotz Vollbeschäftigung Einkommen erzielen, die nicht nur Grundbedürfnisbefriedigung ausreichen. Insofern genügt es in der Regel nicht, lediglich neue Arbeitsplätze zu schaffen; es müssen vielmehr auch Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung ergriffen werden, um Einkommenshöhen zu ermöglichen, welche die absolute Armut beseitigen. Derartige Maßnahmen betreffen zum einen die Verfügbarkeit über solche Produktionsfaktoren, die komplementär zur Arbeitsleistung erforderlich sind, d.h. in erster Linie Kapital; zum anderen müssen sie die gesamte Problematik des Marktzugangs und der Machtverhältnisse

auf Güter- und Faktormärkten zum Gegenstand haben (*Chenery* [1974]; *Cline* [1975]).

d) *Strategie der Grundbedürfnisbefriedigung*

Grundgedanke dieser während der späten 70er/frühen 80er Jahre besonders intensiv diskutierten Strategie (*ILO* [1976]; *Streeten / Burki* [1978]; *Schwefel* [1978]; *Hemmer* [1979]; *Waller* [1980]; *Hicks* [1980]; *Burki / Ul Haq* [1981]; *Leipziger* [1981]; *Hicks* [1982]; *Stewart* [1985]) ist es, allen Menschen unmittelbar jene Güter und Leistungen bereitzustellen, die als essentiell für ein menschenwürdiges Dasein angesehen werden; diese Bereitstellung soll in solchen Mengen erfolgen, daß bestimmte minimale Konsumniveaus (Lebensstandardminima) bei allen Gesellschaftsmitgliedern realisiert werden. Nur so lasse sich letztlich sicherstellen, daß alle Menschen ihre Grundbedürfnisse („basic needs“) befriedigen können.

(2) In jüngster Zeit wurden diese Strategieansätze noch um Konzepte zur gezielten Förderung von Frauen ergänzt (*Pfister-Gaspari* [1982]; *Himmller-Kleber* [1986]; *Grown* [1989]; *Kandiyoti* [1990]). Darüber hinaus sind sowohl die Strategie der integrierten ländlichen Entwicklung als auch die Strategie der Förderung des städtischen informellen Sektors, auf die bereits vorne verwiesen worden ist, von ihrem Grundverständnis her armutsorientierte Strategien, die sich auf regional eingegrenzte Armutsgruppen beziehen.

(3) Diese Strategien mangeln aber durchgängig daran, daß sie nicht auf einer systematischen Armutsanalyse aufbauen. Dadurch wird auch nicht ersichtlich, ob die Befürworter dieser Strategien davon ausgehen, die Armut grundlegend bekämpfen zu können, oder ob sie mit partiellen Erfolgen zufrieden sind, von denen möglicherweise einzelne Armutsgruppen profitieren, während andere Armutsgruppen leer ausgehen. Es wäre insofern notwendig, einen Versuch zur umfassenden Erklärung der Armut in ihren verschiedenen Facetten zu erarbeiten, aus dem dann verschiedene aufeinander abgestimmte Anti-Armuts-Strategien abgeleitet werden können. In einem solchen Katalog hätten dann auch die oben genannten Strategien ihren Platz.

3. Möglichkeiten einer systematischen Erfassung und Bekämpfung der Armutsdeterminanten

(1) Zunächst hängt die interpersonelle Einkommensverteilung von der interpersonellen Eigentumsverteilung an potentiell produktiv nutzbaren Ressourcen ab (*Ahluwalia / Chenery* [1974]; *Cline* [1975]; *Hemmer* [1988], 184 ff.). Je konzentrierter diese Verteilung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital (und zwar sowohl Human- als auch Sachkapital) und natürliche Ressourcen (hier vor allem die landwirtschaftliche Nutzfläche sowie gewerblich verwendbare Standortflächen) ausfällt, desto ungleicher sind

die Chancen einzelner, durch die produktive Verwendung ihres Faktoreigentums Einkommen zu erzielen.

Für die Masse der Armen beschränkt sich das Eigentum an produktiv nutzbaren Ressourcen meist auf ihre eigene (in der Regel ungelernte) Arbeitskraft; in geringem Umfang kommen mitunter noch Eigentumsrechte an Böden (z.B. bei Kleinstbauern) und Sachkapital (z.B. einfache Geräte) hinzu. Der das Humankapital determinierende Bildungs- und Ausbildungsstand ist hingegen in der Regel extrem niedrig, so daß von ihm keine deutlichen Positionsverbesserungen zu erwarten sind: In den meisten Fällen sind die Armen einer Gesellschaft auch völlig unzureichend ausgebildet.

Aus dieser Diagnose resultiert folgerichtig die Notwendigkeit, die Eigentumsverteilung an den wichtigsten Ressourcen eines Landes relativ gleichmäßig zu gestalten. Da das Ausmaß der absoluten Armut auf dem Lande erheblich größer ist als in den Städten, andererseits die Masse der ländlichen Armen sich aus Landlosen bzw. Kleinstfarmern rekrutiert, müßte im Vordergrund einer Anti-Armutsstrategie eine Politik der Landreform stehen, die eine Reduzierung des mitunter extrem ungleich verteilten Bodeneigentums bewirkt (*Long* [1961]; *Raup* [1963/64]; *Warriner* [1969]; *Gersovitz* [1976/77]; *Bromley* [1989]). Hinzukommen müßte eine Bildungspolitik, von der möglichst weite Bevölkerungskreise profitieren, so daß sich eine breitere Verteilung von Humankapital erreichen läßt. Diese Politik wäre durch eine Grundbedürfnisstrategie zu flankieren, welche häufig erst die Rahmenbedingungen schafft, innerhalb derer bildungspolitische Ansätze erfolgreich sein können (*Hemmer* [1984]).

(2) Weiterhin wird die interpersonelle Einkommensverteilung vom Ausmaß der tatsächlichen produktiven Nutzung dieser Ressourcen bestimmt (*Hemmer* [1988], 185). Hier sind vor allem zwei Beschränkungen zu beachten:

- a) Zum einen können Konstellationen vorliegen, bei denen die Eigentumsrechte an diesen Ressourcen nicht ausgeübt werden dürfen bzw. können. Rechtliche Verbote von Seiten des Staates (wie bspw. das Verbot, bestimmte Bodenflächen landwirtschaftlich zu nutzen oder bestimmte Tätigkeiten trotz hinreichender fachlicher Qualifikation auszuüben) können ebenso armutsbestimmend sein wie Hindernisse, die sich aus der Machtausübung einzelner Gruppen oder Individuen den Armen gegenüber ergeben (wie bspw. Maßnahmen von Großgrundbesitzern, die gegen Kleinbauern gerichtet sind, sowie die Aktivitäten krimineller Gruppen in städtischen Armenvierteln). Die Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse sowie die Ausrichtung der staatlichen Rahmenbedingungen auf entwicklungsorientierte Grundlagen bzw. der Verzicht des Staates auf bürokratische Beeinträchtigungen privater Entwicklungswirksamen

Aktivitäten sind hier sicherlich Strategieansätze, die wesentliche Auswirkungen auf eine Reduzierung der Armut haben können.

b) Zum anderen können Konstellationen vorliegen, bei denen die Nutzung der Eigentumsrechte daran scheitert, daß die für die Durchführung produktiver Tätigkeiten komplementär benötigen Ressourcen grundsätzlich fehlen oder nicht zu akzeptablen Bedingungen erworben werden können: Tatsächlich setzen fast alle produktiven Tätigkeiten den gleichzeitigen Einsatz mehrerer Produktionsfaktoren voraus; erst ihre Kombination führt zur Entstehung von Einkommen. Wo kein Zugang zu den benötigten Komplementärfaktoren im erforderlichen Umfang besteht [wie bspw. häufig im Fall fehlender Kreditaufnahmemöglichkeiten (Adams / Graham [1981]; von Stockhausen [1984]) oder bei unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Landlose bzw. städtische Bevölkerungsgruppen], können die potentiell nutzbaren Ressourcen nicht eingesetzt werden: Ihr Eigentum kann Armut nicht verhindern.

Zur Beseitigung dieser Armutsursachen kann zum einen die Beschäftigungsstrategie beitragen. Zum anderen kommt einer Strategie des Ausbaus der Infrastruktur (einschließlich der finanziellen Infrastruktur) große Bedeutung zu.

(3) In jenen Fällen, in denen die produktiv nutzbaren Ressourcen auch tatsächlich eingesetzt werden, hängt die Höhe des erzielbaren Einkommens von der Nettoentlohnung dieses Faktoreinsatzes ab (Hemmer [1988], 185 f.). Zur Bestimmung der Nettoerlöshöhe sind wiederum zwei wesentliche Determinantengruppen aufzuführen:

a) Zum einen hängt die Nettoerlöshöhe der eingesetzten Ressource davon ab, welche Erlöse aus dem Verkauf der mit Hilfe dieser sowie komplementärer Ressourcen produzierten Güter und Dienstleistungen erzielt werden. In diesem Zusammenhang sind vor allem Fragen des Marktzutritts mit den produzierten Gütern und Diensten von großer Bedeutung, da häufig legale, physische und psychische Marktzutrittsschranken bestehen: In einigen Fällen dürfen bestimmte Gruppen (z.B. ethnische Minoritäten, Anhänger bestimmter Religionen, Mitglieder einzelner Kasten) nicht auf institutionell gesicherten Märkten verkaufen; in anderen Fällen dürfen bestimmte Produkte auf einzelnen Märkten nicht angeboten werden; und oftmals werden einzelne Gruppen aufgrund der unzureichenden infrastrukturellen Zugänglichkeit bestimmter Märkte am Marktzutritt gehindert. Außerdem hängt die Höhe der erzielbaren Verkaufserlöse in entscheidendem Maße von den Machtstrukturen auf Angebots- und Nachfrageseite der Märkte ab. Machtlose Anbieter können oft nur geringe Erlöse erzielen, wenn ihnen ein Nachfragemonopolist gegenübersteht; umgekehrt bedeutet Angebotsmacht, die auf eine poly-

polistische Nachfragestruktur trifft, ein relativ hohes Erlöspotential. Insofern stellen die für die einzelnen Gruppen zugänglichen Märkte in ihrer quantitativen und qualitativen Struktur eine entscheidende Bestimmungsgröße der interpersonellen Einkommensverteilung dar.

In vielen Entwicklungsländern wird die interpersonelle Einkommensverteilung noch zusätzlich durch die staatliche Preispolitik verschärft: Unter dem Gleichgewichtspreis festgesetzte Agrarhöchstpreise verursachen bzw. verstärken häufig in erheblichem Umfang ländliche Armut (*Bale / Lutz [1979]; Lutz / Scandizzo [1980]; Cleaver [1985]; Timmer [1986]; Mellor / Ahmed [1988]; Krueger [1988]*).

b) Von den Bruttoerlösen, die auf den Märkten der Endprodukte erzielt werden, müssen die Komplementärfaktoren bezahlt werden; nur die verbleibende Differenz stellt den Nettoerlös des betrachteten Produktionsfaktors dar. Insofern bestimmen die Konditionen, zu denen die Komplementärfaktoren beschafft werden können und die von der quantitativen und qualitativen Struktur der Faktormärkte abhängen, die Höhe des verbleibenden Nettoeinkommens.

Im Falle abhängig Beschäftigter wird in der Regel das Nettoeinkommen festgelegt; dann hängt die Einkommensposition der Betroffenen davon ab, zu welchem festgesetzten Lohnsatz sie eine Beschäftigung finden können. In der Realität vieler Länder läßt sich hierbei feststellen, daß über dem Gleichgewichtspreis fixierte Mindestlöhne aufgrund ihrer kapitalintensivierenden Auswirkungen auf die Wahl der Produktionstechniken insbesondere im städtischen Bereich zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und damit der städtischen Armut beitragen.

Für die Entwicklungspolitik resultiert aus beiden Konstellationen die Notwendigkeit, konsequente wettbewerbspolitische Maßnahmen zu ergreifen, um die Funktionsfähigkeit der verschiedenen Märkte sicherzustellen.

(4) Aus dem Zusammenspiel dieser drei Komponenten resultiert die interpersonelle Primärverteilung der Einkommen, die durch staatliche Maßnahmen sowie private Transferleistungen in eine andere Sekundärverteilung umgewandelt werden kann. In der Tat hängen die interpersonelle Einkommensverteilung und damit das Ausmaß von absoluter und relativer Armut auch davon ab, in welchem Umfang der Staat redistributive Maßnahmen ergreift; sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenpolitik des Staates sind über ihre direkten und indirekten Wirkungen von wesentlicher Bedeutung für das Zustandekommen der sekundären interpersonellen Einkommensverteilung. Gleiche Einflüsse gehen von privaten Transferleistungen aus, wie sie bspw. von karitativen Organisationen geleistet werden (*Hemmer [1988], 186*). Dieser Ansatz liegt im übrigen – wie bereits dargestellt – der Strategie der Umverteilung des Wachstums zugrunde.

(5) Diese Auflistung der verschiedenen Armutsdeterminanten zeigt deutlich, daß Armut nicht monokausal erklärt werden kann, sondern viele Ursachen haben kann. Entsprechend wäre es erforderlich, das Zustandekommen einzelner Armutskonstellationen durch eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung zu erklären, in der diese Armutsdeterminanten als abhängige Variablen enthalten sind, die durch interne und/oder externe Faktoren (einschließlich der gesamten vorgegebenen Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Art) im Zuge des Entwicklungsverlaufs beeinflußt werden und sich dabei ändern. Eine solche Theorie fehlt aber bis heute. In der Tat dominieren in der entwicklungstheoretischen Literatur bis heute eindeutig Analysen, die sich mit dem globalen Produktions- und Wachstumsaspekt befassen, während armutsorientierte, zielgruppenbezogene Analysen – von wenigen Ausnahmen abgesehen (*von Brentano [1978]; Schönherr [1983]; Schäuble [1984]; Lipton [1988]*) – weitgehend fehlen. Erst gegen Ende der 80er Jahre hat sich hier etwas Bewegung eingestellt, die aber noch einer deutlichen Aktivitätssteigerung bedarf. In diesem Teilgebiet der ökonomischen Entwicklungsanalyse besteht derzeit wohl der größte Nachholbedarf.

4. Zur Frage möglicher Zielkonflikte zwischen dem Wachstums- und dem Verteilungsziel

(1) Zum Abschluß sei darauf hingewiesen, daß sich vor allem in den 70er Jahren viele Autoren mit der Frage auseinandergesetzt haben, ob zwischen dem Wachstums- und dem Verteilungsziel (bzw. dem Beschäftigungsziel als einer zentralen Variante des Verteilungsziels) Zielkonflikte oder Zielkongruenzen bestehen. Die verschiedenen Beiträge machen deutlich, daß die Antwort auf diese Frage entscheidend von der jeweils gewählten entwicklungspolitischen Strategie sowie vom zugrundegelegten Zeithorizont abhängt (*Stewart / Streeten [1971]; Stewart [1972/73]; Hemmer [1974]; Sen [1975]; Schumacher [1976]; Hemmer [1976/77]*). Es besteht jedenfalls kein Anlaß zu der „Befürchtung“, die explizite Berücksichtigung verteilungspolitischer Ziele würde sich zu Lasten des wirtschaftlichen Wachstums auswirken.

(2) Dieses Ergebnis hängt eng mit der Rolle des produktiven Konsums als Determinante wirtschaftlicher Entwicklung zusammen. Wurden Konsumausgaben in der entwicklungspolitischen Literatur der 50er und 60er Jahre durchgängig als unproduktiv und damit als entwicklungs- (=wachstums-) hemmend eingestuft, wird seit den 70er Jahren im Zusammenhang mit der Grundbedürfnisdiskussion darauf hingewiesen, daß auch Konsumausgaben zur Kapitalbildung – und zwar zur Bildung von Humankapital – beitragen und damit produktiv sein können (*Hemmer [1979]; Hemmer [1988], 177 ff.*). Empirische Untersuchungen haben nachgewiesen, daß konsumtive Ausgaben, die der Befriedigung von Grundbedürfnissen (dies betrifft vor allem

Ausgaben für Ernährung, Gesundheit und Bildung) dienen, vielfach höhere Produktivitätseffekte auslösen als unmittelbare Investitionen (*Wheeler* [1980]; *Hicks* [1980]). Würde man im Sinne der These von der Abhängigkeit der Kapitalakkumulation von der Ersparnisbildung diese Konsumausgaben zugunsten von Investitionen einschränken, so können sich sowohl negative Verteilungs- als auch negative Wachstumseffekte einstellen. Eine wesentliche entwicklungspolitische Aufgabe besteht entsprechend darin, eine Strategie der Entwicklung menschlicher Ressourcen zu erarbeiten, die das notwendige Können und Wissen für eine sich selbst tragende ökonomische, politische und sozio-kulturelle Entwicklung aufbaut (*Hemmer* [1984], 18 ff.). Die bisher vorliegenden Erfahrungen belegen nämlich deutlich, daß Entwicklung als sich selbst tragender Prozeß nur möglich ist, wenn ein Großteil der Bevölkerung an ihr partizipiert und mitwirkt, verankert in der Gesamtheit der sich wandelnden Lebensverhältnisse. Bleibt eine solche Politik aus, besteht die Gefahr, daß trotz einer hinreichend umfangreichen Sachkapitalakkumulation keine nachhaltigen Entwicklungsfortschritte erzielt werden können.

(3) Bei dieser Humankapitalbildung durch produktiven Konsum kann die Auslandshilfe ebenfalls Unterstützung leisten. Die markantesten Möglichkeiten hierzu bieten sich im Bereich der Bildungs-, der Gesundheits- und der Nahrungsmittelhilfe an. Während die entwicklungspolitische Sinnhaftigkeit der Bildungs- und der Gesundheitshilfe weitgehend unstreitig ist, hat sich allerdings in bezug auf die Nahrungsmittelhilfe während der 70er/80er Jahre eine ausführliche kritische Diskussion vollzogen, die zu einer deutlichen Distanzierung gegenüber der Nahrungsmittelhilfe, sofern sie nicht als Katastrophenhilfe gewährt wird, geführt hat (*Isenman / Singer* [1976/77]; *Singer* [1978]; *Stevens* [1979]; *Maxwell / Singer* [1979]; *Beißner* [1986]).

VI. Unterentwicklung und Leistungsbereitschaft

(1) Die Faktorausstattung eines Landes bestimmt zwar seine ökonomische Leistungsfähigkeit; damit diese Leistungsfähigkeit aktiviert wird, bedarf es jedoch zusätzlich einer entsprechenden Leistungsbereitschaft. Analysen der Unterentwicklung müssen sich daher auch mit der subjektiven Leistungsbereitschaft der Bevölkerung eines Landes auseinandersetzen, die in vielen Entwicklungsländern nicht im erforderlichen Maße vorliegt. Dazu bedarf es des Rückgriffs auf nicht-ökonomische Analysen, die dann auch – nach den religionssoziologischen Vorarbeiten von Weber – in den 60er und 70er Jahren vorgenommen wurden. Diese Studien verwiesen bei der Erklärung einer unzureichenden subjektiven Leistungsbereitschaft in vielen Entwicklungsländern vor allem auf die Familienstrukturen (*Bauer / Yamey* [1957], 66; *McClelland* [1961]; *Clapham* [1973]), auf ethnische Probleme

– insbesondere auf die Rolle von Minoritäten (*Eisermann* [1964]; *Dams / Clausen* [1969]) –, auf eine unzureichende Partizipation weiter Bevölkerungskreise (*Kötter* [1977]; *Kirsch* [1983])⁷, auf die politische Lage in den betreffenden Ländern sowie im weitesten Sinne auf die gesamte Palette soziokultureller Faktoren (*Hoselitz* [1957]; *Hagen* [1962]; *Hirschman* [1964/65]; *Hoselitz* [1969]; *Zimmermann* [1969]; *von der Ohe* [1982]).

(2) Aus ökonomischer Sicht kommt allerdings der Wirtschaftsordnung die größte Bedeutung bei der Erklärung der unzureichenden Leistungsbereitschaft in der Dritten Welt zu. Vor allem im deutschsprachigen Schrifttum fand schon früh eine Diskussion über die zweckmäßige Wirtschaftsordnung für Entwicklungsländer statt, die – nicht zuletzt bedingt durch die Verschuldungskrise der 80er Jahre, die zu einem erheblichen Teil durch ineffiziente interne Wirtschaftspolitiken der betreffenden Länder verursacht worden ist (*Nunnenkamp* [1980]; *Wissenschaftlicher Beirat* [1983]; *Simonis* [1984]; *Holthus* [1987]; *Hemmer* [1988], 822 ff.) – bis heute anhält. Von mehreren Autoren wurde versucht, unter Rückgriff auf theoretisch abgeleitete Wirtschaftsordnungsmodelle (wie z.B. die Eucken'schen Idealtypologie, die zwischen den Idealtypen der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft unterscheidet) normative Wirtschaftsordnungskonzeptionen zu erarbeiten, deren Realisierbarkeit dann im Einzelfall zu überprüfen sei (*Kraus* [1967]; *Clapham* [1973]; *Hemmer* [1988], 298 ff.). Diese Diskussion erbrachte als Erkenntnis, daß die ausschließliche Übernahme eines einzigen Koordinationsmechanismus (also sowohl einer ausschließlich marktwirtschaftlichen als auch einer ausschließlich zentralverwaltungswirtschaftlichen Steuerung) in der Realität nicht möglich und normativ nicht empfehlenswert ist. Statt dessen seien bei der Gestaltung realer Wirtschaftsordnungen Konzeptionen anzustreben, in denen nebeneinander Elemente marktwirtschaftlicher und zentralgeplanter Wirtschaftssteuerung fungieren, um die Entwicklungspolitischen Vorteile beider Ordnungsmodelle zu kombinieren. Welche Wirtschaftsbereiche und welche Ebenen wirtschaftlicher Aktivitäten jeweils über den Markt oder über den Staat zu steuern sind, hängt dabei von einer Vielzahl ökonomischer wie nicht-ökonomischer Gegebenheiten ab, die von Land zu Land variieren – mit dem Ergebnis divergierender „optimaler“ realer Wirtschaftsordnungen.

(3) Zur Ergänzung dieser deduktiv betriebenen Analyse empfiehlt es sich, die Entwicklungserfahrungen einzelner Länder mit ihren jeweils praktizierten Wirtschaftsordnungstypen zu vergleichen. Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Untersuchungen aus dem IfO-Institut (*Halbach* [1982]; *Halbach* [1983]; *Halbach* [1985]) und aus dem Deutschen

⁷ Möglicherweise deshalb wurde die Partizipation von der ILO sogar als dritte Grundbedürfniskategorie aufgelistet (ILO 1976).

Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (*Wilkins* [1985]; *Schumacher* [1985]).

Während sich die DIW-Studien mit dem Erklärungsbeitrag der Wirtschaftsordnung für den Entwicklungserfolg befaßten und diesen auf weniger als 10% schätzten, so daß sie keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung und Entwicklungserfolg erkennen konnten, ermittelten die IfO-Studien den direkten statistischen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsordnung und dem Entwicklungserfolg; dabei konstatierten sie eine Überlegenheit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen in bezug auf das Wachstumsziel, ohne daß sich ungünstigere Verteilungsergebnisse eingestellt hätten. Bemerkenswerterweise mußten die marktwirtschaftlich organisierten Entwicklungsländer einen vergleichsweise kleineren Teil ihres rascher wachsenden Sozialprodukts für soziale Leistungen aufwenden, um dennoch weitgehend das gleiche Verteilungsergebnis zu erzielen wie die sozialistischen Entwicklungsländer.

(4) In bezug auf den staatlichen Bereich der wirtschaftlichen Aktivitäten wurde schließlich während der 50er und 60er Jahre eine umfangreiche Diskussion über die zweckmäßigsten Techniken der Entwicklungsplanung geführt. Diese Diskussion bezog sich auf Arten und Objekte der staatlichen Entwicklungsplanung (*Lewis* [1949]; *Jöhr* [1967]; *Rieger* [1967]), auf die technischen Anforderungen an die einzelnen Planungsschritte (*Waterston* [1965]; *Knall* [1969]; *von Urff* [1973]; *de Haen* [1973]; *Wolff* [1977]) sowie auf die verschiedenen Ebenen der Entwicklungsplanung (*Tinbergen* [1962]; *Tinbergen* [1966]). Allerdings hat die inzwischen über 30jährige Praxis der Entwicklungsplanung deutlich ihre Grenzen aufgezeigt; man kann sogar der Präferenz vieler Entwicklungsländer für die Entwicklungsplanung einen Teil Mitverantwortung für ihre entwicklungspolitischen Mißerfolge attestieren, da die Planungsfreudigkeit vieler Entwicklungsländer zu einer Vernachlässigung, wenn nicht sogar Diskriminierung des privaten (sich der staatlichen Planung weitgehend entziehenden) Wirtschaftsbereichs geführt hat. In der Tat ist zu erwarten, daß die entwicklungspolitische Diskussion über Wirtschaftsordnung und Entwicklungsplanung – auch unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklungen in Osteuropa – in den nächsten Jahren fortgesetzt wird. Derzeit scheinen allerdings die Befürworter marktwirtschaftlicher Lösungen, flankiert von sozialen Elementen (wie es die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft beinhaltet), die besseren Argumente zu haben. Diese Grundforderung erscheint derzeit weniger umstritten als die Frage, welche Wirtschaftsbereiche in der konkreten Einzelfallentscheidung dem privaten und welche dem staatlichen Bereich zugeordnet werden sollten, und wie diese Bereiche am zweckmäßigsten aufeinander abgestimmt werden können. In diesem Zusammenhang wird seit einigen Jahren auch verstärkt die Forderung vertreten, in den Entwicklungsländern müsse eine

konsequente Privatisierungswelle einsetzen, die bislang staatlich regulierte Bereiche einer marktwirtschaftlichen Steuerung zuführt (*Killick / Commander* [1988]; *Christiansen* [1989]; kritisch hierzu: *Hamilton* [1989]).

VII. Unterentwicklung und Bevölkerungswachstum

(1) Die unbefriedigenden Entwicklungserfolge vieler Entwicklungsländer sind weiterhin durch das schnelle Bevölkerungswachstum mitverursacht. Viele Autoren sprechen sogar von einer „Bevölkerungsexplosion“ in der Dritten Welt, die sich noch bis ins nächste Jahrtausend fortsetzen und ihre Entwicklungsbemühungen deutlich erschweren wird. Zur Erklärung dieses Bevölkerungswachstums wurde in der Entwicklungsländerforschung bereits früh auf die Theorie des demographischen Übergangs („theory of demographic transition“) zurückgegriffen. Diese die historischen Erfahrungen der heutigen Industrieländer auf die Entwicklungsländer übertragende Bevölkerungstheorie ist in ihrem Grundmuster empirisch weitgehend bestätigt worden (z. B. *Hauser* [1974]; *Perlman* [1981]; *Hauser* [1981]). Lediglich die Länge der einzelnen Übergangsphasen ist in den Entwicklungsländern anders als es in den Industrieländern der Fall war.

(2) Während die Richtigkeit dieser Theorie für die Erklärung der Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt im Prinzip unumstritten ist, gibt es in der Literatur unterschiedliche Interpretationen darüber, welche Auswirkungen vom Bevölkerungswachstum auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen (zum Überblick: *Cassen* [1976]). Kurzfristig ist der Effekt eindeutig negativ: Da das PKE als Quotient aus BSP und Bevölkerungszahl definiert ist, ergibt sich immer dann ein Rückgang des PKE, wenn die Bevölkerung schneller wächst als das Sozialprodukt. Auf lange Sicht gibt es aber sowohl positive als auch negative Auswirkungen, weil das Ausmaß der verfügbaren Faktorbestände unmittelbar vom Bevölkerungswachstum tangiert wird. Je nachdem, ob diese Faktorbestände als Folge des Bevölkerungswachstums zu- oder abnehmen, erhält man entsprechend positive oder negative Wertungen des Bevölkerungswachstums. In bezug auf die Arbeitskräfteverfügbarkeit ergeben sich eindeutig positive, in bezug auf die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen eindeutig negative Konsequenzen eines schnellen Bevölkerungswachstums. Bezogen auf die Kapitalakkumulation können sich sowohl positive (*Hirschman* [1958]; *Boserup* [1965]; *Thirlwall* [1972]) als auch negative (*Coale / Hoover* [1958]; *Enke* [1966]; *Enke* [1971]; *Bilsborrow* [1979/80]) Konsequenzen ergeben. Im Extremfall kann das Bevölkerungswachstum sogar dafür verantwortlich sein, daß Länder trotz Anstrengungen zur Kapitalakkumulation in ihrer Niedrigeinkommensfalle (von einigen Autoren deshalb auch als „Bevölkerungsfalle“ bezeichnet; *Hesse / Sautter* [1977], 29) verbleiben (*Leibenstein* [1954]; *Nelson* [1956]).

(3) Per saldo erweist sich jedoch nach heute dominierender Auffassung das hohe Bevölkerungswachstum in vielen Ländern der Dritten Welt – das gilt insbesondere für die meisten LLDC – als ein beträchtliches Entwicklungshemmnis, selbst wenn dieses Ergebnis von einigen Autoren als „Mythos“ abqualifiziert wird (*Easterlin [1967]; Clark [1969]*). Insbesondere die hohen Geburtsraten tragen dazu bei, daß die Lebensbedingungen für diese Menschen schlecht bleiben. Folglich wird auch die ökonomische Funktion der Kinder in Zukunft weiter bestehen. Dies löst – womit sich der Kreis dann schließt – wiederum einen Impuls in Richtung auf eine Erhöhung, zumindest auf eine Stabilisierung der Geburtenrate aus. Dieser zirkuläre Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung des Bevölkerungswachstums zeigt deutlich die Interdependenzen, die sich hinter der gesamten Bevölkerungsproblematik verbergen.

(4) Entsprechend wichtig erscheint deshalb eine Politik, welche auf die Reduzierung des Bevölkerungswachstums abstellt. Diese Forderung wird im Prinzip auch seit den 60er Jahren in regelmäßigen Abständen erhoben. Über die zweckmäßigste Ausgestaltung einer solchen Politik gibt es jedoch unterschiedliche Vorstellungen: Während einige Autoren den Hauptansatz bei Methoden der Familienplanung sehen (*Enke [1960]; Berelson [1966]; Robinson [1968/69]*), wird von anderen Autoren die Vorrangigkeit einer Bekämpfung der Armut als der wichtigsten Determinanten der hohen Geburtenraten, von denen das hohe Bevölkerungswachstum primär bestimmt ist, gesehen (*Rich [1973]; Hemmer [1988], 582f.*). In der Tat dürfte in der Beseitigung der Armut und damit in der wirtschaftlichen Entwicklung, die über ein reines Wirtschaftswachstum hinausgeht, ein wichtiger, wenn nicht sogar der entscheidende Schlüssel zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums liegen. Die dauerhafte Überwindung der Armut in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, wie bspw. der unzureichenden Ernährung, dem mangelnden Zugang zu Gesundheitsleistungen, der geringen Bildung und dem „Randgruppen-Dasein“ der Betroffenen, ist insofern nicht nur ein Instrument der Verteilungsverbesserung; die Armutsbekämpfung stellt vielmehr auch ein wichtiges Instrument zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums dar.

VIII. Ausblick

(1) Mittlerweile zeigt sich die Entwicklungsländerökonomie in einem Zustand, der den Vergleich mit anderen Richtungen der Wirtschaftswissenschaften nicht zu scheuen braucht. Die in den vergangenen 40 Jahren erreichten theoretischen und politischen Standards sind als beachtlich einzustufen. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, daß die konkrete Entwicklungspolitik – das gilt sowohl für die nationalen Entwicklungspolitiken der Entwicklungsländer als auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit

– in zunehmendem Maße auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse zurückgreift, die von dieser Fachdisziplin erarbeitet worden sind.

(2) Auf der anderen Seite darf man nicht die Augen vor den Lücken verschließen, die es in diesem Fach dringend zu schließen gilt. In erster Linie ist hier auf den Problemkreis der absoluten und relativen Armut zu verweisen, der einer intensiveren Behandlung bedarf. Seine theoretische Analyse ist nicht nur die Voraussetzung dafür, daß konzisere Programme der Armutsbekämpfung erarbeitet werden können; die Beseitigung (bzw. zumindest die spürbare Reduzierung) der umfangreichen Massenarmut in den Ländern der Dritten Welt ist auch eine entscheidende Voraussetzung für die Entschärfung zweier Zeitbomben, die derzeit weltweit ticken und Industrie- und Entwicklungsländer in gleicher Stärke bedrohen: die zunehmende Umweltzerstörung und das hohe Bevölkerungswachstum.

(3) Die derzeitige Ost-West-Annäherung beinhaltet sicherlich die Gefahr einer zurückgehenden Bereitschaft des Westens, Entwicklungshilfe zu leisten. Diese Gefahr hat aber auch ihre guten Seiten: Die Länder der Dritten Welt werden energischer als bisher dazu übergehen müssen, ihre ordnungspolitischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit – wie bspw. staatlicher Zentralismus, willkürliche (d. h. nicht an Knappheiten orientierte) Preisstrukturen, parasitäre Beamtenapparate und überbordende Militärausgaben – zu korrigieren. Nach Auffassung vieler Entwicklungspolitiker hat jedenfalls die Dominanz des Staates durch Fehlplanung, Bevormundung und Lähmung der Privatinitiative die Verelendung mitbestimmt, mit der sich derzeit viele Entwicklungsländer konfrontiert sehen. Gelingt es, die Ost-West-Annäherung als Auslöser für eine grundlegende Korrektur der nationalen Entwicklungspolitiken in den betreffenden Entwicklungsländern zu verwerten, so dürften diese Länder von einem möglicherweise kurzfristig eintretenden Rückgang der finanziellen Entwicklungshilfe sogar profitieren.

Literatur

Abbott, G. J. (1984), National Saving and Financial Development in Asian Developing Countries. Asian Developing Review 2.

Adams, D. W. / Graham, D. H. (1981), A Critique of Traditional Agricultural Credit Projects and Policies. Journal of Development Economics 8.

Addicks, G. / Bünning, H.-H. (1979), Strategien der Entwicklungspolitik. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz.

Adelman, I. / Morris, C. T. (1967), Society, Politics and Economic Developments: A Quantitative Approach. Baltimore.

— / — (1973), *Economic Growth and Social Equity in Developing Countries*. Stanford.

Adler, J. H. (1965), Absorptive Capacity – The Concept and its Determinants. Washington D.C.

Ahluwalia, M. S. (1974), Income Inequality: Some Dimensions of the Problem, in: Chenery, H. B. u. a., Redistribution with Growth. Oxford.

— (1976a), Inequality, Poverty and Development. *Journal of Development Economics* 3.

— (1976b), Income Distribution and Development: Some Stylized Facts. *American Economic Review* 66.

Ahluwalia, M. S. / Chenery, H., A Conceptual Framework for Economic Analysis, in: Chenery, H. B. u. a., Redistribution with Growth. Oxford.

*Ahmad, Y. J. (1972), The Social and Economic Implications of the Green Revolution in Asia. *International Labor Review* 105.*

— (1975), Administration of Integrated Rural Development Programmes: A Note on Methodology. *International Labor Review* 111.

Amin, S. (1974), Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltwirtschaft, in: Senghaas, D. (Hrsg.), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt.

*Anderson, G. H. / Curtis, T. D. (1968), Inflation and Economic Development: A Review of Theory and Empiricism. *Quarterly Review of Economics and Business* 8.*

*Anderson, D. / Leierson, M. W. (1977/78), Rural Nonfarm Employment in Developing Countries. *Economic Development and Cultural Change* 28.*

*Andic, S. / Peacock, A. T. (1966), Fiscal Surveys and Economic Development. *Kyklos* 19.*

*Bacha, E. L. / Taylor, L. (1977/78), Brazilian Income Distribution in the 1960's: „Facts“, Model Results and the Controversy. *Journal of Development Studies* 14.*

Bachmann, H. (1965), Zollpolitik und Entwicklungsländer. Tübingen.

*Baer, W. / Hervé, M. (1966), Employment and Industrialization in Developing Countries. *Quarterly Journal of Economics* 80.*

*Bahl, R. W. (1971), A Regression Approach to Tax Effort and Tax Ratio Analysis. *IMF Staff Papers* 18.*

*Bairoch, P. (1982), Employment and Large Cities: Problems and Outlook. *International Labour Review* 121.*

*Balassa, B. (1973), Just How Misleading are Official Exchange Rate Conversions? A Comment. *Economic Journal* 83.*

— (1978), Export and Economic Growth. *Journal of Development Economics* 5.

*Bale, M. D. / Lutz, E. (1979), Price Distortions in Agriculture and Their Effects: An International Comparison. *World Bank Staff Working Papers* 359.*

*Banerjee, B. (1981), Rural-Urban Migrations and Family Considerations in Migration Behavior in India. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 43.*

Baran, P. A. (1957), The Political Economy of Growth. New York. Deutsche Übersetzung: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Berlin-Neuwied.

*Baran, P. A. / Hobsbawm, E. J., The Stages of Economic Growth. *Kyklos* 14.*

Bauer, P. T. (1971 a), The Vicious Circle of Poverty and Widening Gap, in: Bauer, P. T., Dissent of Development. Studies and Debates on Development Economics. London.

— (1971b), The Economics of Resentment: Colonialism and Underdevelopment, in: Bauer, P. T., Dissent on Development. Studies and Debates on Development Economics. London.

— (1981), The Third World and Economic Delusion. London.

— (1984), Reality and Rhetoric. Cambridge.

Bauer, P. T. / Wilson, C. (1962), The Stages of Growth. Economica 29.

Bauer, P. T. / Yamey, B. S. (1957), The Economics of Under-Developed Countries, Chicago.

Beckerman, W. / Bacon, R. (1966), International Comparisons of Income Levels: A Suggested New Measure. Economic Journal 76.

— / — (1970) The International Distribution of Incomes, in: Steeten, P. (Hrsg.), Unfashionable Economics. Essays in Honour of Lord Balogh. London.

Behrendt, R. F. (1961), Entwicklungsländer. (I) Soziologische Problematik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 3. Stuttgart-Tübingen-Göttingen.

Beißner, K.-H. (1986), Nahrungsmittelhilfe – Ziele, Wirkungen, Evaluierungsmöglichkeiten. Hamburg.

Bell, C. / Jolly, R. (1974), The Elements of the Strategy, in: Chenery, H. B. u.a., Redistribution with Growth. Oxford.

Berelson, B. (Hrsg.) (1966), Family Planning and Population Programs. Chicago.

Bernstein, E. M. / Patel, I. G. (1965), Inflation in Relation to Economic Development. IMF Staff Papers 2.

Besters, H. (1966), Theorien zur wirtschaftlichen Entwicklung, in: H. Besters / E. E. Boesch (Hrsg.), Entwicklungspolitik. Handbuch und Lexikon. Stuttgart – Berlin – Mainz.

Bhagwati, J. N. (1958), Immiserizing Growth: A Geometrical Note. Review of Economic Studies 25.

— (Hrsg.) (1975), The Brain Drain: A Symposium. Journal of Development Economics 2, Special Issue.

Bhatia, R. J. (1960), Inflation, Deflation, and Economic Development. IMF Staff Papers 8.

Bhatia, R. J. / Khatkhate, D. R. (1975), Financial Intermediation, Savings Mobilization, and Entrepreneurial Development: The African Experience. IMF Staff Papers 22.

Bhatt, V. V. (1964), Theories of Balanced and Unbalanced Growth: A Critical Appraisal. Kyklos 17.

— (1974), Finanzierungspolitische Aspekte in Entwicklungsländern, in: Finanzierung und Entwicklung 11, Nr. 4.

Bilsborrow, R. E. (1979/80), Age Distribution and Saving Rates in Less Developed Countries. Economic Development and Cultural Change 28.

Bird, R. M. (1976), Assessing Tax Performance in Developing Countries: A Critical Review of the Literature, in: Finanzarchiv N.F. 34.

Bird, R. / de Wulf, L. (1973), Taxation and Income Distribution in Latin America: A Critical Review of Empirical Studies. IMF Staff Papers 20.

Blaug, M. (1976), The Empirical Status of Human Capital Theory: A Slightly Jaundiced Survey. Journal of Economic Literature 14.

Blum, R. (1972), Grüne Revolution als entwicklungspolitische Strategie. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 92.

Boeke, J. H. (1953), Economics and Economic Policy of Dual Societies. New York.

Borlang, N. E. / Aresvik, O. H. (1973), The Green Revolution – An Approach to Agricultural Development and Some of its Economic Implications. International Journal of Agrarian Affairs 5.

Borrman, A. u.a. (1984), Ausgewählte Modelle und Reformmöglichkeiten der Exporterlösstabilisierung. München – Köln – London.

Boserup, E. (1965), The Condition of Agricultural Growth. London.

Bottomley, A. (1965), Keynesian Monetary Theory and the Developing Countries. Economic Journal 75.

Brahmananda, P. R. (1961), Agricultural versus Industrial Development, in: Ellis, H. S. / Wallich, H. C. (Hrsg.), Economic Development for Latin America. London – New York.

Brenner, Y. S. (1966), Theories of Economic Development and Growth. London.

Bromley, D. W. (1989), Property Relations and Economic Development: The Other Land Reform. World Development 17.

Bromley, R. (Hrsg.) (1979), The Urban Informal Sector: Critical Perspectives on Employment and Housing Policies. Oxford – New York.

Brook, E. / Grilli, E. / Waelbroeck, J. (1978), Commodity Price Stabilization and the Developing Countries, in: Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review 31.

Brown, D. K. (1987/88), Trade Preferences for Developing Countries: A Survey of Results. Journal of Development Studies 24.

Buchanan, N. S. (1945), International Investment and Domestic Welfare. New York.

Burki, S. J. / Ul Haq, M. (1981), Meeting Basic Needs: An Overview. World Development 9.

Cameron, B. D. (1964), Import Substitution. Economic Record 40.

Cassen, R. H. (1976), Population and Development: A Survey. World Development 4.

— et al. (1986), Does Aid Work? Oxford.

Caves, R. (1982), Multinational Enterprise and Economic Analysis. Cambridge – New York.

Chandavarkar, A. G. (1971), Some Aspects of Interest Rate Policies in Less Developed Economies: The Experience of Selected Asian Countries. IMF Staff Papers 18.

Chelliah, R. J. (1971), Trends in Taxation in Developing Countries. IMF Staff Papers 18.

Chelliah, R. J. / Baas, H. J. / Kelly, M. R. (1975), Tax Ratios and Tax Effort in Developing Countries, 1969 – 1971. IMF Staff Papers 22.

Chenery, H. B. (1953), The Application of Investment Criteria. Quarterly Journal of Economics 67.

— (1960), Patterns of Industrial Growth. *American Economic Review* 50.

— u. a. (1974), *Redistribution with Growth*. Oxford.

Chenery, H. B. / Bruno, M. (1962), Development Alternatives in an Open Economy: The Case of Israel. Economic Journal 72.

*Chenery, H. B. / Carter, N. G. (1973), Foreign Assistance and Development Performance, 1960 – 1970. *American Economic Review* 63, Papers and Proceedings.*

*Chenery, H. B. / Strout, A. (1966), Foreign Assistance and Economic Development. *American Economic Review* 56.*

*Chiang, A. C. (1958/59), The „Demonstration Effect“ in a Dual Society. *American Journal of Economics and Sociology* 18; deutsche Übersetzung: Der „Demonstrations-Effekt“ in einer gespaltenen Wirtschaft, in: E. Streißler / M. Streißler (Hrsg.) (1966), *Konsum und Nachfrage*. Köln – Berlin.*

*Christiansen, R. E. (Hrsg.) (1989), Privatization. *World Development* 17, Special Issue.*

*Clague, C. K. (1987/88), Purchasing-Power and Exchange Rates in Latin America. *Economic Development and Cultural Change* 36.*

Clapham, R. (1973), Marktwirtschaft in Entwicklungsländern. Zur Anwendung und Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Konzepts. Freiburg.

*Clark, C. (1969), The „Population Explosion“ Myth. *Bulletin of the Institute of Development Studies* 1.*

*Cleaver, K. (1985), The Impact of Price and Exchange Rate Policy on Agriculture in Sub Saharan Africa. *World Bank Staff Working Paper No. 728*. Washington D.C.*

*Cline, W. R. (1975), Distribution and Development: A Survey of Literature. *Journal of Development Economics* 1.*

Coale, A. J. / Hoover, E. M. (1958), Population Growth and Economic Development in Low-Income Countries. Princeton.

*Collyns, C. (1982), Alternativen zu Zentralbanken in kleinen Entwicklungsländern. *Finanzierung und Entwicklung* 19, Nr. 4.*

*Correa, H. (1970 / 71), Sources of Economic Growth in Latin America. *Southern Economic Journal* 37.*

*Corti, G. (1973), Risk, Uncertainty and Cost Benefit: Some Notes on Practical Difficulties for Project Appraisal, in: J. N. Wolfe (Hrsg.), *Cost Benefit and Cost Effectiveness. Studies and Analysis*. London.*

Cuddy, J. D. A. (1976), International Price Indexation. Westmead – Lexington.

*Dams, T. / Clausen, L. (1969), Entwicklungspolitik, in: *Staatslexikon*, 9. Band. Freiburg.*

Dasgupta, P. / Marglin, S. / Sen, A. (1972), Guidelines for Project Evaluation. New York.

*David, P. A. (1972), Just How Misleading are Official Exchange Rate Conversions? *Economic Journal* 82.*

— (1973), A Reply to Professor Balassa. *Economic Journal* 83.

de Haen, H. u.a. (1973), *Integrierte Entwicklungsplanung. Eine Bestandsaufnahme*. Berlin.

Dension, E. (1967), Why Growth Rates Differ: Postwar Experience in Nine Western Countries. Washington.

Donges, J. B. (1981), *Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik*. Berlin – Heidelberg – New York.

Dorrance, G. S. (1966), Inflation and Growth: The Statistical Evidence. *IMF Staff Papers* 13.

Dowling, J. M. / *Ifzal*, A. / *Soo*, D. (1985), Income Distribution, Poverty and Economic Growth in Developing Countries. *Singapore Economic Review* 30.

Easterlin, R. A. (1967), Effects of Population Growth on the Economic Development of Developing Countries. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 369.

Eckaus, R. S. (1955), The Factor Proportions Problem in Underdeveloped Areas. *American Economic Review* 45.

Eckstein, O. (1957), Investment Criteria for Economic Development and the Theory of Intertemporal Welfare Economics. *Quarterly Journal of Economics* 71.

Eisermann, G. (1964), Die Bedeutung der Fremden für die Entwicklungsländer. *Schmollers Jahrbuch* 84.

Ellsworth, P. T. (1956/57) The Terms of Trade between Primary Production and Industrial Countries. *Inter-American Economic Affairs* 10.

Enke, S. (1960), The Gains to India from Population Control: Some Money Measures and Incentive Schemes. *Review of Economics and Statistics* 42.

— (1966), The Economic Aspects of Slowing Population Growth. *Economic Journal* 76.

— (1971), Economic Consequences of Rapid Population Growth. *Economic Journal* 81.

Erler, B. (1985), Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungspolitik. Freiburg.

Feder, G. / *Just*, R. E. / *Zilberman*, D. (1984/85), Adoption of Agricultural Innovations in Developing Countries: A Survey. *Economic Development and Cultural Change* 33.

Fei, J. C. H. / *Pauw*, D. S. (1965), Foreign Assistance and Self-Help: A Reappraisal of Development Finance. *Review of Economics and Statistics* 47.

Fei, J. C. H. / *Ranis*, G. (1964), Development of the Labor Surplus Economy. Theory and Policy. Homewood (III).

Feldsieper, M. (1975), *Zollpräferenzen für Entwicklungsländer*. Tübingen – Basel.

Fields, G. S. (1977), Who benefits from Economic Development? – A Reexamination of Brazilian Growth in the 1960's. *American Economic Review* 67.

Fishlow, A. (1972), Brazilian Size Distribution of Income. *American Economic Review*, Band 67, Papers and Proceedings.

Frank, C. R. jr. (1968), Urban Unemployment and Economic Growth in Africa. *Oxford Economic Papers* 20.

Friedman, M. (1970), Foreign Economic Aid, in: J. Bhagwati / R. S. Eckaus (Hrsg.), *Foreign Aid*. Harmondsworth.

Friedmann, J. (1973) A Theory of Polarized Development, in: J. Friedmann (Hrsg.), *Urbanization, Planning and National Development*. Beverly Hills – London.

— (1979), Basic Needs, Agropolitan Development and Planning from Below. *World Development* 7.

Friedmann, J. / Weaver, C. (1979), Territory and Function. The Evolution of Regional Planning. London.

Galenson, W. / Leibenstein, H. (1955), Investment Criteria, Productivity and Economic Development. *Quarterly Journal of Economics* 68.

Galinski, D. (1986), Brain Drain aus Entwicklungsländern. Theoretische Grundlagen und entwicklungspolitische Konsequenzen. Frankfurt a. M. – Bern – New York.

Gersovitz, M. (1976/77), Land Reform: Some Theoretical Considerations. *Journal of Development Studies* 13.

Glisman, H. H. / Rodemer, H. (1979), Wohlfahrtseffekte und Bufferstocks zur Glättung von Preisschwankungen auf den Weltrohstoffmärkten. *Weltwirtschaftliches Archiv* 115.

Goldsmith, R. W. (1969), *Financial Structure and Development*. New Haven (Conn.).

Goreux, L. M. (1977), Compensatory Financing: The Pattern of Export Shortfalls. *IMF Staff Papers* 24.

Gow, D. D. / Van Sant, J. (1983), Beyond the Rhetoric of Rural Development Participations: How Can it be Done? *World Development* 11.

Griffin, K. / Enos, J. L. (1969/70), Foreign Assistance: Objectives and Consequences. *Economic Development and Cultural Change* 18.

Griffin, K. / Ghose, A. K. (1979), Growth and Impoverishment in the Rural Areas of Asia. *World Development* 7.

Griffin, K. / Khan, A. R. (1978), Poverty in the Third World: Ugly Facts and Fancy Models. *World Development* 6.

Grown, C. A. (Hrsg.) (1989), Beyond Survival: Expanding Income-Earning Opportunities for Women in Developing Countries. *World Development* 17, Special Issue.

Gupta, A. K. (1970), Personal Saving in Development Nations: Further Evidence. *Economic Record* 46.

Gurley, J. G. / Shaw, E. S. (1960), Money in a Theory of Finance. Washington.

— / — (1966/67), Financial Development and Economic Development. *Economic Development and Cultural Change* 15.

Gustaffson, B. G. (1961), Rostow, Marx and the Theory of Economic Growth. *Science Society* 25.

Guth, W. (1957), Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder. Tübingen.

Gutowski, A. (1969), Internationale Handels- und Währungspolitik als Instrument der Entwicklungshilfe, in: Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer (Hrsg.), *Materialien zur Entwicklungshilfekritik*. Berlin.

— (1971), Projektgebundene, nicht projektgebundene Kapitalhilfe oder Programmfinanzierung, in: H. Meimberg (Hrsg.), *Voraussetzungen einer globalen Entwick-*

lungspolitik und Beiträge zur Kosten- und Nutzenanalyse. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 59. Berlin.

Gutowski, A. / Hammel, W. (1970), Vorschläge zur einer neuen Form der Entwicklungshilfe: Die Finanzierung von regionalen Handelsbilanzsalden zwischen Entwicklungsländern. Vortrag aus dem Ausschuß Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik (hektographiert).

Hagen, E. E. (1962), On the Theory of Social Change. Homewood (III.).

— (1975), The Economics of Development. Homewood (III.).

Halbach, A. J. (1983), Economic System and Socio-Economic Development of Developing Countries. München – Köln – London.

Halbach, A. J. / Osterkamp, R. / Braun, H. G. / Gälli, A. (1982), Wirtschaftsordnung, sozio-ökonomische Entwicklung und weltwirtschaftliche Integration in den Entwicklungsländern. Bonn.

Halbach, A. J. / Osterkamp, R. / Schönherr, S. (1985), Mehr Markt – Ein Konzept für Entwicklungsländer? – Ein empirischer Befund zur ordnungspolitischen Diskussion –. IFO-Schnelldienst 10/11.

Hamilton, C. (1989), The Irrelevance of Economic Liberalisation in the Third World. World Development 17.

Hammel, W. (1975), Die Rolle der finanziellen Infrastruktur bei der Kapitalbildung, in: H. Priebe (Hrsg.), Eigenfinanzierung der Entwicklung. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 84. Berlin.

— (1985), Internationaler Ressourcenverkehr durch öffentliche Entwicklungshilfe – Erfahrungen und Perspektiven, in: E. Helmstädter (Hrsg.), Probleme und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 148. Berlin.

Hammel, W. / Hemmer, H. R. (1970), Grundlagen der Cost-Benefit-Analyse bei Projekten in Entwicklungsländern. Veröffentlichungen aus dem Arbeitsbereich der Kreditanstalt für Wiederaufbau Nr. 4/70. Frankfurt.

Harris, J. R. / Todaro, M. P. (1970), Migration, Umemployment and Development: A Two-Sector-Analysis. American Economic Review 60.

Hauser, J. A. (1974), Bevölkerungsprobleme der Dritten Welt. Bern – Stuttgart.

— (1981), Zur Theorie der demographischen Transformation. Ihre Bedeutung für die Länder der Dritten Welt. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 7.

Hemmer, H.-R. (1974), Zur Vereinbarkeit des Wachstums- und Beschäftigungszieles in Entwicklungsländern, in: H. Priebe (Hrsg.), Beiträge zur Beurteilung von Entwicklungsstrategien. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 77. Berlin.

— (1976/77), Finanzpolitische Möglichkeiten zum Abbau entwicklungspolitischer Zielkonflikte. Finanzarchiv 35.

— (1977), Außenwirtschaft, II: Terms of Trade, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften 1. Stuttgart – Tübingen – Göttingen.

— (1979), Der Einfluß der Ernährung auf die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, in: Bodenstedt, A. A. u. a., Fehlernährung und ihre Folgen für die regionale Entwicklung. Saarbrücken – Fort Lauderdale.

— (1988), Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer. Eine Einführung. München.

Hemmer, H.-R. / Mannel, C. / Göttert, A. (1984), Die Bedeutung der menschlichen Ressourcen für den Entwicklungsprozeß. München – Köln – London.

Hennings, G. / Jenssen, B. / Kunzmann, K. (1978), Dezentralisierung von Metropolen in Entwicklungsländern. Elemente einer Strategie zur Förderung von Entlastungsorten. Dortmund.

Herrle, P. (1983), Der informelle Sektor. Die Ökonomie des Überlebens in den Metropolen der Dritten Welt, in: Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.), Stadtprobleme in der Dritten Welt. Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Stuttgart.

Hesse, H. (1968), Importsubstitution und Entwicklungspolitik. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 124.

Hesse, H. / Sautter, H. (1977), Entwicklungstheorie und -politik. Tübingen – Düsseldorf.

Hicks, N. L. (1980), Wachstum versus Grundbedürfnisse. Finanzierung und Entwicklung 17, Nr. 2.

— (1982), Sector Priorities in Meeting Basic Needs: Some Statistical Evidence. *World Development* 10.

*Higgins, B. (1956/57), The „Dualistic Theory“ of Underdeveloped Areas. *Economic Development and Cultural Change* 4.*

— (1968), *Economic Development. Problems, Principles, and Policies*. New York.

Himmler-Kleber, E. (1986), Frauenförderung in Entwicklungsländern. Bonn.

Hirschman, A. O. (1958), The Strategy of Economic Development. New Haven.

— (1964/65), Obstacles to Development: A Classification and a Quasi-Vanishing Act. *Economic Development and Cultural Change* 13.

Hoffmann, L. (1970), Importsubstitution und wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungsländern. Unter besonderer Berücksichtigung von Argentinien, Brasilien, Chile und Columbien. Tübingen.

*Holthus, M. (1987), Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer – Fakten, Probleme, Lösungen, in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), *Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer – Fakten, Probleme, Lösungen. Materialien zur Entwicklungspolitik* Nr. 76. Bonn.*

Holzborn, H.-R. (1978), Das Problem des regionalen Entwicklungsgefälles – dargestellt am Beispiel des brasilianischen Nordostens. Diessenhofen.

*Hoselitz, B. F. (1957), Non-Economic Factors in Economic Development. *American Economic Review* 47.*

— (1969), *Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Wandel*. Berlin.

*House, W. J. / Rempel, H. (1980), The Determinants of Interregional Migration in Kenya. *World Development* 8.*

*Hulsman-Vejsová, M. (1975), Misleading Official Exchange-Rate Conversions. *Economic Journal* 85.*

*Illy, H. F. (1983), Mythos und Realität der öffentlichen Verwaltung in Afrika. *Die Verwaltung* 16.*

International Labour Office / ILO (1976), Employment, Growth and Basic Needs: A One-World-Problem. Geneva.

Isenman, P. F. / Singer, H. W. (1976/77), Food Aid: Disincentive Effects and Their Policy Implications. Economic Development and Cultural Change 25.

Jackson, D. / Turner, H. A. (1973), How to Provide More Employment in a Labour Surplus Economy. International Labour Review 112.

Jain, S. (1974), Size Distribution of Income: Compilation of Data. IBRD Bank Staff Working Paper No. 190. Washington.

Jochimsen, R. (1965), Dualismus als Problem der gesellschaftlichen Entwicklung. Weltwirtschaftliches Archiv 95.

Jöhr, W. A. (1963), Der Circulus Vitiosus der Armut und seine Überwindung als Problem der Entwicklungsländer, in: o. V. (Hrsg.), Zukunftsaufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft. St. Gallen.

— (1967), Planung als Mittel rationaler Wirtschaftspolitik, in: E. Schneider (Hrsg.) *Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 45.* Berlin.

Johnson, E. A. J. (1970), The Organisation of Space in Developing Countries. Cambridge.

Johnston, B. F. / Mellor, J. W. (1961), The Role of Agriculture in Economic Development. American Economic Review 51.

Jorgensen, D. W. (1961), The Development of a Dual Economy. Economic Journal 71.

Kahn, A. E. (1951), Investment Criteria and Development Programs. Quarterly Journal of Economics 65.

Kamarck, A. M. (1972), Climate and Economic Development. IBRD Economic Development Institute Paper No. 2. Washington D.C.

Kampfmeyer, T. (1981), Die Finanzierung regionaler Handelsbilanzsalden zwischen Entwicklungsländern. Erfolgchancen eines Plans zur Förderung der regionalen Integration am Beispiel des Andenpaktes. Berlin.

Kandiyoti, D. (1990), Woman and Rural Development Policies: The Changing Agenda. Development and Change 21.

Kebschull, D. u. a. (1977), Das integrierte Rohstoffprogramm. Hamburg.

Keesing, D. B. (1979), Trade Policy for Developing Countries. World Bank Staff Papers No. 353. Washington D.C.

Khan, A. R. (1963), Import Substitution, Export Expansion, and Consumption Liberalization: A Preliminary Report. Pakistan Development Review 3.

Kiker, B. F. (1966), The Historical Roots of the Concept of Human Capital. Journal of Political Economy 74.

Kilby, P. (1971), Entrepreneurship and Economic Development. New York.

Killick, T. / Commander, S. (1988), State Divestiture as a Policy Instrument in Developing Countries. World Development 16.

Kindleberger, C. P. (1956), The Terms of Trade. A European Case Study. New York-London.

Kirsch, O. C. / Armbruster, P. G. / Kochendörfer-Lucius, G. (1983), Selbsthilfeeinrichtungen in der Dritten Welt. Ansätze zur Kooperation mit autonomen und leistungsfähigen Trägergruppen. München – Köln – London.

Knall, B. (1962), Wirtschaftserschließung und Entwicklungsstufen. *Weltwirtschaftliches Archiv* 88.

— (1968), Grundsätze und Methoden der Entwicklungsprogrammierung. *Techniken zur Aufstellung von Entwicklungsplänen*. Wiesbaden.

Köllner, L. (1961), Probleme der Inflation in Entwicklungsländern. *Schmollers Jahrbuch* 81.

— (1963), Grundlagen der Finanzpolitik in Entwicklungsländern. *Schmollers Jahrbuch* 83.

Kötter, H. (1974), Some Observations on the Basic Principles and General Strategy Underlying Integrated Rural Development. *Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics* 23.

Kötter, H. R. (1977), Involvement of the Rural Poor – A Key Factor in Development: The Present and Future Role of Organizations, in: *Asian Development Bank* (Hrsg.), *Challenge and Opportunity, Supplement IV*. Singapore – Kuala Lumpur – Hong Kong.

Kottis, G. C. (1971), The International Demonstration Effect as a Factor Affecting Economic Development. *Kyklos* 24.

Kraus, W. (1967), Wirtschaftspolitische Leitbilder der Entwicklungsländer, in: H. Besters (Hrsg.), *Theoretische und intitutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik*. Berlin.

Kravis, I. / *Heston*, A. / *Summers*, R. (1978), *International Comparisons of Real Product and Purchasing Power*. Baltimore.

— / — / — (1982), *World Product and Income*. Baltimore.

Krelle, W. (1962), *Verteilungstheorie*. Tübingen.

Krueger, A. O. (1968), Factor Endowments and Per-capita Income Differences among Countries. *Economic Journal* 78.

Krueger, A. O. / *Schiff*, M. / *Valdes*, A. (1988), Agriculture Incentives in Developing Countries: Measuring the Effect of Sectoral and Economywide Policies. *World Bank Economic Review* 45.

Kuznets, S. (1955), Economic Growth and Income Inequality. *American Economic Review* 45.

— (1961), Economic Growth and the Contribution of Agriculture. *Journal of Agrarian Affairs* 3.

— (1965), *Economic Growth and Structure*. New York.

Lademan, J. (1955), Probleme des auswärtigen Realauaustauschverhältnisses. Zürich – St. Gallen.

Lal, S. (1976), Distribution and Development: A Review Article. *World Development* 4.

Lancieri, E. (1978), Export Instability and Economic Development: a Reappraisal. *Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review* 31.

— (1990), Purchasing Power Parities and Phase IV of the International Comparison Project: Do They Lead to „Real“ Estimates of GDP and Its Components? *World Development* 18.

Landau, L. (1971), Savings Functions for Latin America, in: H. B. Chenery (Hrsg.), *Studies in Development and Planning*. Cambridge.

Langhammer, R. J. (1980), Der Süd-Süd-Handel – Substitut oder Komplement zum Nord-Süd-Warenaustausch?, in: V. Timmermann (Hrsg.), *Beiträge zur Industrialisierungs- und Handelspolitik der Entwicklungsländer. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F.* 110. Berlin.

Laumas, P. S. (1981/82), Exports and Propensity to Save. *Economic Development and Cultural Change* 30.

Lee, D. H. K. (1957), *Climate and Economic Developments in Tropics*. New York.

Lee, J. K. (1971), Exports and the Propensity to Save in L.D.C.'s. *Economic Journal* 81.

Leibenstein, H. (1954), A Theory of Economic-Demographic Development. *Princeton*.
— (1957), *Economic Backwardness and Economic Growth*. New York.
— (1960), Technical Progress, the Production Function and Dualism. *Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review* 13.

Leipziger, D. (Hrsg.) (1981), *Basic Needs and Development*. Cambridge.

Lessard, D. / Williamson, J. (Hrsg.) (1987), *Capital Flight and Third World Debt*. Washington D.C.

Leupolt, M. (1976), Zum Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung. *Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft* 15.

Lewis, W. A. (1949), *The Principles of Economic Planning*. London.
— (1954), Economic Development with Unlimited Supplies of Labour. *Manchester School* 22.
— (1955), *The Theory of Economic Growth*. London.

Lipton, M. (1977), *Why Poor People Stay Poor: Urban Bias and World Development*. Cambridge.
— (1988), The Poor and the Poorest. Some Interim Findings. *World Bank Diskussion Papers* No. 25. Washington D.C.

Little, I. M. D. / Mirrlees, J. A. (1968), *Manual of Industrial Project Analysis in Developing Countries*, Vol. I: Social Cost Benefit Analysis. Paris.
— / — (1974), *Project Appraisal and Planning for the Developing Countries*. London.

Long, E. H. (1961), The Economic Basics of Land Reform in Underdeveloped Economies. *Land Economics* 37.

Lotz, J. R. / Morss, E. R. (1967), Measuring „Tax Effort“ in Developing Countries. *IMF Staff Papers* 14.

Love, J. (1978/79), Trade Concentration and Export Instability. *Journal of Development Studies* 15.
— (1983), Concentration, Diversification and Earnings Instability: Some Evidence on Developing Countries' Exports of Manufactures and Primary Products. *World Development* 11.

Lutz, E. / Scandizzo, P. L. (1980), Price Distortions in Developing Countries: A Bias Against Agriculture. *European Review of Agricultural Economics* 7.

Lutz, V. (1958), The Growth Process in a "Dual" Economic System. *Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review* 11.

MacBean, A. (1966), *Export Instability and Economic Development*. Cambridge.

Maddison, A. (1970), *Economic Progress and Policy in Developing Countries*. New York.

Maizels, A. (1968), *Exports and Economic Growth in Developing Countries*. New York.

— (Hrsg.) (1987), *Primary Commodities in the World Economy: Problems and Policies*. World Development 15.

Massell, B. F. (1964), Export Concentrations and Fluctuations in Export Earnings: A Cross-Section Analysis. *American Economic Review* 54.

Marris, R. (1984), Comparing the Income of a Nation: A Critique of the International Comparison Projekt. *Journal of Economic Literature* 12.

Mathur, A. (1966), Balanced v. Unbalanced Growth – A Reconciliatory View. *Oxford Economic Papers* 18.

Maxwell, S. J. / *Singer*, H. W. (1979), Food Aid to Developing Countries: A Survey. *World Development* 7.

Mazumdar, D. (1976), The Urban Informal Sector. *World Development* 4.

McClelland, M. C. (1961), *The Achieving Society*. Princeton.

McKinnon, R. I. (1964), Foreign Exchange Constraints on Economic Development. *Economic Journal* 74.

— (1973), Money and Capital in Economic Development. Washington.

McNamara, R. (1973), *Ansprache an die Gouverneure*. Nairobi.

McNicol, D. L. (1978), Commodity Agreements and Prize Stabilization – A Policy Analysis. Lexington.

Meier, G. M. (1968), *The International Economics of Development*. New York – Evanston – London.

Meier, G. M. / *Baldwin*, R. E. (1957), *Economic Development: Theory, History, Policy*. New York.

Mellor, J. W. u. a. (1968), *Developing Rural India. Plan and Practise*. Ithaca (N.Y.).

— (1976), *The New Economics of Growths*. Ithaca.

Mellor, J. W. / *Ahmed*, R. (Hrsg.) (1988), *Agricultural Price Policies for Developing Countries*. Baltimore.

Mera, K. (1970), On the Concentration of Urbanization and Economic Efficiency. *IBRD Economic Department Working Paper No. 74*. Washington.

Mikesell, R. F. / *Zinser*, J. E. (1973), The Nature of Savings Function in Developing Countries: A Survey of Theoretical and Empirical Literature. *Journal of Economic Literature* 11.

Moes, J. (1957), Investment Criteria, Productivity and Economic Development: Comment. *Quarterly Journal of Economics* 71.

Morris, M. D. (1979), Measuring the Condition of the World's Poor. The Physical Quality of Life Index. New York.

Morrison, T. K. / Peres, L. (1976), Analysis of Compensatory Financing Schemes for Export Earnings Fluctuations in Developing Countries. World Development 4.

Myint, H. (1958), The „Classical Theory“ of International Trade and Underdeveloped Countries. Economic Journal 68.

— (1959/60), The Demand Approach to Economic Development. *Review of Economic Studies* 27.

— (1969), International Trade and Developing Countries, in: P. A. Samuelson (Hrsg.), *International Economic Relations*. London.

— (1970), Dualism and Internal Integration of the Underdeveloped Economies. *Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review* 23.

Myrdal, G. (1957), Economic Theory and Underdeveloped Regions. London.

— (1968), *The Asian Drama: An Inquiry into the Poverty of Nations*. London.

— (1970), *The Challenge of World Poverty: A World Anti-Poverty-Program in Outline*. New York.

Nelson, R. (1956), A Theory of the Low-Level Equilibrium Trap. American Economic Review 46.

Ness, W. L. (1973/74), Financial Markets as Development Strategy: Initial Results from the Brasilian Experience. Economic Development and Cultural Change 22.

Nguyen, D. T. (1979), The Implications of the Price Stabilization for the Short-Term Instability and Long-Term Levels of LDC's Export Earnings. Quarterly Journal of Economics 93.

*Nicholls, W. H. (1964), Agricultural Policy: The Place of Agriculture in Economic Development, in: K. Berill (Hrsg.), *Economic Development. With Special Reference to East Asia*. London – New York.*

*Nozick, R. (1974), *Anarchy, State and Utopia*. London.*

Nunnenkamp, P. (1980), Ausmaß, Ursachen und Lösungsansätze der internationalen Verschuldungssituation von Entwicklungsländern. Konjunkturpolitik 26.

Nurkse, R. (1953), Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries. Oxford.

*Ochel, W. (1982), *Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft*. Köln.*

OECD / DAC, (1989), Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren. Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC), Bericht. Paris.

Ohlin, G. (1960/61), Reflections on the Rostow Doctrine. Economic Development and Cultural Change 9.

Oldenbruch, G. (1978), Zur Strategie der Erfüllung von Grundbedürfnissen. Bad Honnef.

Palma, G. (1978), Dependency: Formal Theory of Underdevelopment or a Methodology for the Analysis of Concrete Situations of Underdevelopment? World Development 6.

Pastor jr., M. (1990), Capital Flight from Latin America. World Development 18.

Patrick, H. T. (1965/66), Financial Development and Economic Growth in Underdeveloped Countries. Economic Development and Cultural Change 14.

Paukert, F. (1973), Income Distribution at Different Levels of Development: A Survey of Findings. *International Labour Review* 108.

Pazos, F. (1973), Regional Integration of Trade Among Less Developed Countries. *World Development* 1.

Pearson, L. u. a. (1969), Partners in Development: Report of Commission on International Development. New York.

Perlman, M. (1981), Population and Economic Change in Developing Countries. *Journal of Economic Literature* 19.

Perroux, F. (1952), Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft. *Zeitschrift für Sozialökonomie* 13.

Pfister-Gasparry, B. (1982), Frauen als Zielgruppe in der Entwicklungshilfe, in: M. von Hauff / B. Pfister-Gasparry (Hrsg.), *Internationale Sozialpolitik*. Stuttgart – Tübingen.

Please, S. (1967), Savings through Taxation – Mirage or Reality. *Finance Development* 4.

Polak, J. J. (1943), Balance of Payments Problems of Countries Reconstructing with Help of Foreign Loans. *Quarterly Journal of Economics* 57.

Polanyi, M. (1960), Towards a Theory of Conspicuous Production. *Sovjet Survey* 34.

Prahladachar, M. (1983), Income Distribution Effects of the Green Revolution in India: A Review of Empirical Evidence. *World Development* 11.

Prebisch, R. (1950), The Economic Development of Latin America and its Principal Problems. United Nations / Economic Commission of Latin America (UN / ECLA). New York.

— (1959), Commercial Policy in Underdeveloped Countries. *American Economic Review* 49, Papers and Proceeding.

— (1961), Economic Development or Monetary Stability: The False Dilemma. *Economic Bulletin of Latin America* 6.

Priebe, H. (1959), Die Agrarprobleme der Entwicklungsländer im Spiegel der Europäischen Entwicklung. *Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft* 60.

Radetzky, M. (1970), International Commodity Market Arrangements. A Study of the Effects of Post-War Commodity Agreements and Compensatory Finance Schemes. London.

Ranis, G. / Fei, J. C. H. (1961), A Theory of Economic Development. *American Economic Review* 51.

Rao, V.K.R.V. (1952), Investment, Income and the Multiplier in an Underdeveloped Economy. *Indian Economic Review* 1.

Raup, M. (1963/64), The Contribution of Land Reforms to Agricultural Development: An Analytical Framework. *Economic Development and Cultural Change* 12.

Rawls, J. (1971), A Theory of Justice. Oxford.

Rempel, H. / Lobdell, R. A. (1977/78), The Role of Urban-to-Urban Remittances in Rural Development. *Journal of Development Studies* 14.

Rich, W. (1973), Smaller Families through Social and Economic Progress. Washington D.C.

Richardson, H. W. (1977), City Size and National Spatial Strategies in Developing Countries. World Bank Staff Paper No. 252. Washington D.C.

— (1984), The Role of the Urban Informal Sector: An Overview. *Regional Development Dialogue* 5.

Richter, L. E. (1976), Integrierte ländliche Entwicklung in der Praxis. Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft 15.

Rieger, H. C. (1967), Begriff und Logik der Planung. Versuch einer allgemeinen Grundlegung unter Berücksichtigung informationstheoretischer und kybernetischer Gesichtspunkte. Wiesbaden.

*Ringer, K. (1966), Zur Begriffsbestimmung der Entwicklungsländer, in: H. Besters / E. E. Boesch (Hrsg.), *Entwicklungspolitik. Handbuch und Lexikon*. Stuttgart – Berlin – Mainz.*

Robinson, E. A. G. (Hrsg.), (1970), The Widening Gap Between the Rich and the Poor Countries. London.

*Robinson, S. (1971), Sources of Growth in Less Developed Countries: A Cross Section Study. *Quarterly Journal of Economics* 85.*

— (1976), A Note on the U Hypothesis Relating Income Inequality and Economic Development. *American Economic Review* 66.

*Robinson, W. C. (1968/69), Population Control and Development Strategy. *Journal of Development Studies* 5.*

*Röpcke, W. (1953), Unterentwickelte Länder. *ORDO* 5.*

*Rogers, A. / Williamson, J. G. (1981/82), Migration, Urbanization, and Third World Development: An Overview. *Economic Development and Cultural Change* 30.*

Rondinelli, D. A. / Ruddle, K. (1978), Urbanization and Rural Development. A Spatial Policy for Equitable Growth. New York u.a.

*Rosenstein-Rodan, P. N. (1951), Notes of the Theory of the Big Push, in: H. S. Ellis (Hrsg.), *Economic Development for Latin America*. London.*

Rostow, W. W. (1960), The Stages of Economic Growth. Cambridge.

— (Hrsg.) (1963), The Economics of Take-Off into Substained Growth. London.

*Ruthenberg, H. (1975), Rural Development – Eine Sackgasse? *Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft* 14.*

*Sahota, G. S. (1978), Theories of Personal Income Distribution: A Survey. *Journal of Economic Literature* 16.*

*Saith, A. (1983), Development and Distribution: A Critique of the Cross-Country U-Hypothesis. *Journal of Development Economics* 13.*

*Salant, S. W. (1983), The Vulnerability of Price Stabilization Schemes to Speculative Attack. *Journal of Political Economy* 91.*

*Sandbrock, R. (1986), The State and Economic Stagnation in Tropical Africa. *World Development* 14.*

Santos, M. (1979), The Shared Space. London.

Sautter, H. (1977), Unterentwicklung und Abhängigkeit als Ergebnis außenwirtschaftlicher Verflechtungen – Zum ökonomischen Aussagewert der „dependent-

cia“-Theorie, in: H. J. Puhle (Hrsg.), Lateinamerika: Historische Realität und Dependencia-Theorien. Hamburg.

— (1986), Entwicklung durch Weltmarktassoziation – Unterentwicklung durch Dissoziation? in Rückblick auf die Dependenztheorie, in: U. E. Simonis (Hrsg.) Entwicklungstheorie-Entwicklungsökonomik. Eine kritische Bilanzierung. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 154. Berlin.

Schäuble, G. (1984), Theorien, Definitionen und Beurteilung der Armut. Berlin.

Schams, M. (1974), Die Bedeutung der kompensatorischen Finanzierung für die Entwicklungsländer. Hamburg.

Schmidt, A. (1982), Ungleicher Tausch, in: D. Nohlen / F. Nucheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Band 1: Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren. Hamburg.

Schmitz, A. (1984), Commodity Price Stabilization. The Theory and Its Applications. World Bank Staff Paper No. 668. Washington D.C.

Schneider-Barthold, W. (1984), Entwicklung und Förderung des Kleingewerbes in der Dritten Welt. Bestandsaufnahme – Perspektiven – Vorschläge. München – Köln – London.

Schönherr, S. (1983), Armutsorientierte Entwicklungspolitik – Ansatzpunkte zur Verbindung von Wachstum und Armutsreduzierung durch Förderung kleinbäuerlicher Zielgruppen. Berlin.

Schuhler, C. (1968), Zur Politischen Ökonomie der Armen Welt. München.

Schultz, T. W. (1961), Transforming Traditional Agriculture. New Haven – London.

Schumacher, D. (1966), Konflikt zwischen Produktion und Beschäftigung in Entwicklungsländern. Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung 22.

— (1985), Marktwirtschaft: Kein Patentrezept für Entwicklungsländer. DIW-Wochenbericht 52.

Schwefel, D. (1978), Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik. Baden-Baden.

Scitovski, T. (1959), Growth – Balanced or Unbalanced, in: o. V. (Hrsg.), The Allocation of Economic Resources. Stanford.

Seers, D. (1962), A Theory of Inflation and Growth in Under-Developed Economies Based on the Experience of Latin-America. Oxford Economic Papers 14.

— (1972), The Meaning of Development, in: N. Bastor (Hrsg.), Measuring Development. London.

Selowsky, M. (1979), Balancing Trickle Down and Basic Needs Strategies: Income Distribution Issues in Large Middle-Income Countries with special Reference to Latin America. World Bank Staff Working Paper No. 335. Washington D.C.

Sen, A. K. (1957), Some Notes on the Choice of Capital Intensity in Development Planning. Quarterly Journal of Economics 71.

— (1973), On Economic Inequality. Oxford.

— (1975), Choice of Techniques. Oxford.

— (1979), The Welfare Basis of Real Income Comparisons: A Survey. Journal of Economic Literature 17.

Senghaas, D. (Hrsg.) (1972), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über unabhängige Reproduktion. Frankfurt a.M.

— (1974), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt a.M.

Sethuraman, S. V. (1976), The Urban Informal Sector: Concept, Measurement and Policy. International Labour Review 114.

— (1981), The Urban Informal Sector in Developing Countries. Employment, Poverty and Environment. Geneva.

— (1987), The Informal Sector and the Urban Poor, in: A. Kopp (Hrsg.), Scientific Position to Meet the Challenge of Rural and Urban Poverty in Developing Countries. Hamburg.

Shaw, E. S. (1973), Financial Deepening in Economic Development. Oxford – New York.

Simonis, U. E. (Hrsg.) (1984), Externe Verschuldung – interne Anpassung. Entwicklungsländer in der Finanzkrise. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 144. Berlin.

Singer, H. W. (1949), Economic Progress in Underdeveloped Countries. Social Research 16.

— (1950), The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries. American Economic Review 40.

— (1960), Balanced Growth in Economic Development: Theory and Practise, in: E. Nelson (Hrsg.), Economic Growth. Austin.

— (1965), External Aid: For Plan or Projects? Economic Journal 75.

— (1970/71), Dualism Revisited: A New Approach to the Problems of the Dual Society in Developing Countries. Journal of Development Studies 7.

— (1978), A Summary Survey of Studies of Food Aid, in: H. Schneider (Hrsg.), Food Aid for Development. Paris.

Singh, R. D. (1988/89), The Multinationals' Economic Penetration, Growth, Industrial Output, and Domestic Savings in Developing Countries: Another Look. Journal of Development Studies 25.

Spaventa, L. (1957), Dualism in Economic Growth. Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review 12.

Squire, L. / van der Tak, H. G. (1975), Economic Analysis of Projects. Baltimore – London.

Stark, O. (1978), Economic Demographic Interaction in Agricultural Development: The Case of Rural-to-Urban Migration. Rome.

— (1982), Research on Rural-to-Urban Migration in LDC's: The Confusion Frontier and why We Should Pause to Rethink Afresh. World Development 10.

Stein, L. (1977), Export Instability and Development: A Review of Some Recent Findings. Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review 30.

Stevens, C. (1979), Food Aid and the Developing World. London.

Stevens, W. (1971), Capital Absorptive Capacity in Developing Countries. Leiden.

Stewart, F. (1972/73), Choice of Technique in Developing Countries. *Journal of Development Studies* 9.

— (1985), *Basic Needs in Developing Countries*. Baltimore.

Stewart, F. / Streeten, P. (1971), Conflicts between Output and Employment Objectives in Developing Countries. *Oxford Economic Papers* 23.

Streeten, P. (1959), Unbalanced Growth. *Oxford Economic Papers* 11.

— (1977), Entwicklungsvorstellungen im Wandel. *Finanzierung und Entwicklung* 14, Nr. 3.

— (1979), Vom Wachstum zu den Grundbedürfnissen. *Finanzierung und Entwicklung* 16, Nr. 3.

Streeten, P. / Burki, S. J. (1978), Basic Needs: Some Issues. *World Development* 6.

Stucken, R. (1966), Der „Circulus Vitiosus“ der Armut in Entwicklungsländern, in: H. Besters / E. E. Boesch (Hrsg.), *Entwicklungsökonomik. Handbuch und Lexikon*. Stuttgart – Berlin – Mainz.

Tanzi, V. (1966), Personal Income Taxation in Latin America: Obstacles and Possibilities. *National Tax Journal* 19.

Theil, V. (1979), World Income Inequality and Its Component. *Economic Letters* 2.

Thießen, R. (1968), Welthandel und Entwicklungshilfe. Vortrag in der Landeszentralbank in Berlin am 20. 02. 1968 (hektographiert).

Thirlwall, A. P. (1972), A Cross Section Study of Population Growth and the Growth of Output and Per Capita Income in a Production Function Framework. *Manchester School* 40.

Thorn, R. S. (1968), Per Capita Income as a Measure of Economic Development. *Zeitschrift für Nationalökonomie* 28.

Timmer, T. P. (1986), Getting Prices Right: The Scope and Limits of Agricultural Price Policy. Ithaca.

Tinbergen, J. (1962), Planning in Stages. *Statsokonomisk Tidskrift* 76.

— (1966), Methodik der Entwicklungsplanung, in: H. Besters / E. E. Boesch (Hrsg.), *Entwicklungsökonomik. Handbuch und Lexikon*. Berlin – Mainz.

Todaro, M. P. (1969), A Model of Labour Migration and Urban Unemployment in Less Developed Countries. *American Economic Review* 59.

Tuchtfeld, E. (1976), Soziale Indikatoren: Ansätze und kontroverse Fragen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 21.

Turnham, D. (1971), The Employment Problem in Less Developed Countries. Paris.

Ul Haq, M. (1978), Der Wandel in der Kreditpolitik der Weltbank, in: *Finanzierung und Entwicklung* 15, Nr. 2.

UNCTAD (1975), Commodity Trade Indexation. Geneva.

United Nations (1982), Estimates and Projections of Urban, Rural and City Populations 1950 – 2025: The 1980 Assessment. New York.

UNRISD (1970), Contents and Measurement of Socio-Economic Development. Geneva.

Uphoff, N. T. / Ilchman, W. F. (Hrsg.) (1972), The Political Economy of Development. Berkeley – Los-Angeles – London.

U Tun Wai (1959), The Relation between Inflation and Economic Development. IMF Staff Papers 6.

— (1979), *Financial Intermediaries and National Savings in Developing Countries*. New York – Washington – London.

Vanek, J. (1967), Estimating Foreign Resource Needs for Economic Development. New York.

Vogel, F. / Grünewald, W. (1986/90), Unterentwicklung – Entwicklung. Eine Studie zur Einteilung der Länder der Erde nach ihrem Entwicklungsstand, Teil I-VI. Bamberg.

Von Bretano, D. (1978), Zur Problematik der Armutsforschung – Konzepte und Auswirkungen. Berlin.

Von der Ohe, W. / Hilmer, R. / Nett-Kleyboldt, S. / Esterhazy, Y. / Kastl, M.-T. (1982), Die Bedeutung sozio-kultureller Faktoren in der Entwicklungstheorie und -praxis. Köln.

Von Stockhausen, J. (1984), Staatliche Agrarkreditpolitik und ländliche Finanzmärkte in den Ländern der Dritten Welt. Berlin.

Von Urf, W. (1973), Zur Programmierung von Entwicklungsplänen. Eine theoretische und empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der indischen Entwicklungsplanung. Berlin.

— (Hrsg.) (1976), *Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft – Probleme, Chancen, Gefahren*. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 90. Berlin.

Wagner, A. (1971), Steuerprobleme der Entwicklungsländer. Die stufenweise Rationalisierung von Steuersystemen als Methode der Entwicklungsfiananzierung. Zürich.

Waller, P. P. (1980), Das Grundbedürfniskonzept und seine Umsetzung in der Entwicklungspolitischen Praxis, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Hrsg.), *Grundbedürfnisorientierte ländliche Entwicklung*. Berlin.

Warriner, D. (1969), Land Reform in Principle and Practice. Oxford.

Waterston, A. (1965), Development Planning. Lessons of Experience. Baltimore.

— (1984), *Ein Vorschlag zur ländlichen Entwicklung. Finanzierung und Entwicklung* 11, Nr. 4.

Weltbank (1978 ff.), Weltentwicklungsberichte. Washington.

Wheeler, D. (1980), Basic Needs Fulfilment and Economic Growth: A Simultaneous Model. Journal of Development Economics 7.

Wilbrandt, H. (1965), Die Rolle der Landwirtschaft im wirtschaftlichen Wachstum der Entwicklungsländer. Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft 88.

Wilkins, H. / Petersen, H. J. / Schultz, S. / Schumacher, D. (1985), Wirtschaftliche, soziale und politische Bedingungen der Entwicklung. Ein Beitrag zur Erklärung von Entwicklungserfolgen in Ländern der Dritten Welt. München – Köln – London.

Williamson, J. G. (1964/65), Regional Inequality and the Process of National Development: A Description of the Patterns. *Economic Development and Cultural Change* 13.

Willmore, L. N. (1986), The Comparative Performance of Foreign and Domestic Firms in Brasil. *World Development* 14.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1979), Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern auf dem Gebiet der ländlichen Entwicklung – Das Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung –. o. O.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1983), Stellungnahme zur Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer. Bonn.

Wittmann, W. (1965), Wirtschaftliches Wachstum in reichen und armen Ländern. Einige kritische Bemerkungen zu verschiedenen Thesen. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 177.

Wolff, J. H. (1977), Planung in den Entwicklungsländern. Eine Bilanz aus politik- und verwaltungswissenschaftlicher Sicht. Berlin.

Wulf, R. (1977), „Integrated Rural Development“. Entwicklung und Aussichten des Konzepts. *Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft* 16.

Yaari, M. E. (1981), Rawls, Edgeworth, Shapley, Nash: Theories of Distributive Justice Re-examined. *Journal of Economic Theory* 24.

Zimmermann, G. (1969), Sozialer Wandel und ökonomische Entwicklung. Stuttgart.